

2 STUDIERENDE UND DIE UNIVERSITÄT WIEN IN DER DAUERKRISE 1918 BIS 1938

Herbert Posch

»Die Erste Republik Österreich ist ebenso wie die Weimarer Republik nicht zuletzt daran zugrunde gegangen, daß es ihr nicht rechtzeitig gelungen ist, ein eigenes demokratisches Staatsbewußtsein zu entwickeln. Daß dem so war, lag maßgeblich auch an ihren Hohen Schulen.«

Erika WEINZIERL¹

Es gab in der Zwischenkriegszeit in Österreich wie in Deutschland kaum ein anderes gesellschaftliches Feld, in dem antisemitische und antirepublikanische Tendenzen extremere Formen als auf dem Boden der Universität entwickelt hatten.² Die – damals noch überwiegend männlichen – Professoren und Studierenden entwickelten sich nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges und der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie keineswegs zu Stützen der neuen demokratisch-republikanischen Staatsordnung.³

Welche Rolle spielten die Studierenden, die kommenden Spitzen von Staat, Verwaltung und freien Berufen, in der unmittelbaren Umbruchsituation 1918 und in den Anfangsjahren der Ersten Republik? Wie wirkten sich ›Studentenschwemme‹ und die ›Überfüllung‹ der akademischen Berufe des klein gewordenen Staates auf die Studierenden aus? Welche Ursachen lagen zugrunde und welche Folgen brachte dies für die studentische Vertretung mit sich? Was waren die Gründe für die starke antisemitische Ausrichtung der organisierten Studentenschaft Österreichs – die sogar die ›reichsdeutschen‹ Studierenden in diese

¹ Erika WEINZIERL, Universität und Politik in Österreich. Antrittsvorlesung, gehalten am 11. Juni 1968 an der Universität Salzburg, Salzburg u. München 1969, 21.

² KLAMPER 1988, 180.

³ Auch wenn fünf der 27 Regierungen der Zwischenkriegszeit von einem Professor der Universität Wien geführt wurden (dem Moraltheologen und Führer der Christlichsozialen Partei Ignaz SEIPEL), und 13 weitere Professoren – meist kurzfristige – Regierungsgämter innehatten. Vgl. dazu: WEINZIERL 1969, 5f.

Richtung radikalisierte – und den großen Erfolg des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB)?⁴ Im folgenden Abschnitt wird versucht, die Entwicklung in Österreich immer wieder vergleichend zu jener in Deutschland darzustellen. Nicht nur in Hinblick auf den »Anschluß« 1938, sondern weil in der gesamten Zeit der Ersten Republik – auch nach dem Verbot des freiwilligen Anschlusses an Deutschland laut Friedensvertrag von St. Germain 1919 – gerade im akademischen Bereich Österreich immer wieder eine Synchronisierung mit deutschen Organisations- und Rechtsstrukturen sowie kultureller Entwicklungen angestrebt wurde.

Libérale Strömungen wurden zwar unter den Studierenden in den 1920er und 1930er Jahren nicht mehrheitsfähig, aber: weder waren die Studierenden alleinstimmig und von vornherein antidemokratisch noch ist ihre dominant antisemitische und antidemokratische Grundhaltung als »Verführung durch Propagandisten zu erklären. Sie waren sowohl Mittäter als auch Opfer der Identitäts-, politischen wie wirtschaftlichen Dauerkrise rund um die Gründung der Ersten Republik. Schnelle Demobilisierung der k.u.k. Armee nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie brachte erstens sehr viele, zweitens großteils desillusionierte Studierende ohne Perspektive an die Universität. Ös-

⁴ Vgl. zum folgenden Abschnitt für österreichische Universitäten: LICHTENBERGER-FENZ 1990; Susanne PREGLAU-HÄMMERLE, Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universität. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Innsbruck 1986, 145–191; KLAMPER 1988; Andrea GRIESEBNER, Politisches Feld Universität. Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990, ungedr. phil. Dipl. Univ. Wien, Wien 1990; Helge ZOITL, »Student kommt von studieren!« Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien, Wien 1992; Helge ZOITL, Akademische Festkultur, in: Franz Kadmoska, Hg., Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938, Wien, München u. Zürich 1981, 167–204; Michael GEHLER, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938, Innsbruck 1990; Robert HEIN, Studentischer Antisemitismus in Österreich, Wien 1984; Wolfgang ZAUNBAUER, Studenten und Politik an der Universität Wien. 1918–1934, ungedr. phil. Dipl. Univ. Wien, Wien 2004; zur Entwicklung in Deutschland vgl.: Konrad H. JARAUSCH, Deutsche Studenten 1800–1970, Frankfurt am Main 1998; GRÜTTNER 1995; Kommilitonen von 1933. Die Vertreibung von Studierenden der Berliner Universität. Begleitband zur Ausstellung des Projektseminars »Wissenschaft unter dem Hakenkreuz«, Berlin 2002; Rüdiger vom BRUCH, Hg., Die Berliner Universität in der NS-Zeit, 2 Bd., Stuttgart 2005, Wolfgang U. ECKART, Volker SELLIN u. Eike WOLGAST, Hg., Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Berlin u. Heidelberg 2006; Elisabeth KRAUS, Hg., Die Universität München im Dritten Reich. Aufsätze 1, München 2006; Peter LAUF, Jüdische Studierende an der Universität zu Köln: 1919–1934, Wien u. Köln 1991; Peter CHROUST, Hg., Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945, 2. Auflage, Münster u. New York 1996; Michael H. KATER, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975; Michael KATER, Die Studenten auf dem Weg in den Nationalsozialismus, in: Jörg Tröger, Hg., Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main u. New York 1984, 26–37; Hans Peter BLEUEL u. Ernst KLINNERT, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen 1918–1935, Gütersloh 1967.

terreichs Grenzen (Burgenland, Steiermark, Südtirol) und staatliche Eigenständigkeit (»Deutsch-Österreich« als Teil des Deutschen Reiches vs. Anschlussverbot der Entente) waren noch bis zum Friedensvertrag von St. Germain 1919 in Verhandlung, und die wirtschaftliche und politische Umstellung und Neuordnung von der Vielvölkermonarchie zum nationalen Kleinstaat mit einem nunmehr überdimensionierten Verwaltungszentrum in Wien brachte große Probleme mit sich. Mehrheitlich optierten die Studierenden – wie die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung – vor dem Hintergrund einer großen Perspektivlosigkeit für einen Anschluss an Deutschland (damals teilweise noch ohne den völkisch-nationalsozialistischen Unterton, den der »Anschluß« in den 1930er Jahren hatte). Zahlreiche einschlägige Deklarationen und Demonstrationen gaben diesem Anliegen beredten Ausdruck. Bereits am 30. Oktober 1918 demonstrierten im Festsaal der Universität Wien in Anwesenheit von Rektor BECKE⁵ 3.000 Studenten gegen das österreichische Sonderfriedensangebot und für den Anschlussgedanken an das Deutsche Reich und zogen anschließend zum Parlament, wo einige von ihnen die dort gehissten schwarz-gelben Fahnen herunterrissen.⁶

Die Universität nahm nach der »geistigen Mobilmachung« und der selbst auferlegten »Dienstverpflichtung« im Ersten Weltkrieg in der völlig veränderten politischen Situation 1918 die konflikthaftern Vorkriegs-Identitätsfragen wieder auf: Universität als »Hohe Schule« und bloße staatliche Lehranstalt oder Universität als eine zwar staatlich finanzierte, aber eigenständige Korporation mit Autonomie und eigenen Grundrechten. Auf studentischer Seite wurde die Frage einer demokratischen Studentenvertretung – nach ersten Versuchen von 1896 wieder – aufgegriffen und an der entscheidenden Frage von Ein- und Ausschluss entlang des rassistisch basierten Volksbürgerprinzips versus des demokratisch basierten Staatsbürgerprinzips ausgefochten. Beide Entwicklungen standen in enger Beziehung zueinander und prägten die gesamten 1920er und 1930er Jahre bis zum »Anschluß«, von Lehrenden, Studierenden und Politikern immer wieder neu verhandelt – mit unterschiedlichen Ergebnissen.⁷

2.1 AUSEINANDERSETZUNG UM EIN STUDENTENRECHT

Unmittelbar nach Kriegsende 1918 kamen zahlreiche Maturajahrgänge, die durch den Kriegseinsatz ihre Studienpläne hatten aufschieben müssen, gleichzeitig an die Hochschulen. Zum Vergleich: Im Wintersemester 1913/14 gab es

⁵ Friedrich BECKE (1855–1931), o. Professor der Mineralogie und Petrografie 1898–1927, 1907/08 Dekan der Philosophischen Fakultät, 1913–1916 deren Senator, 1918/19 Rektor.

⁶ Paul MOLISCH, Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918, 2. Auflage, Wien 1939, 255.

⁷ Vgl. Helge ZOITL, Hochschulautonomie und Studentenrecht, in: Erika Weinzierl u. a., Hg., Justiz und Zeitgeschichte. Symposionsbeiträge 1976–1993. Band 1, Wien 1995, 86–98.

noch 14.200 Studierende (und 1.168 Lehrende) an den drei österreichischen Universitäten – Wien, Graz, Innsbruck –, dann sank die Zahl auf 4.690 Studierende im Wintersemester 1916/17, um im Wintersemester 1918/19 wiederum auf 14.034 (und 1.204 Lehrende) anzusteigen, davon 10.554 Studierende an der Universität Wien.⁸

Einerseits wurden in den Monaten unmittelbar nach Ende des Krieges 1918/19 in Berlin, München und Leipzig in einer revolutionären Aufbruchsstimmung vereinzelte Studentenräte und erste, wenn auch kurzlebige, demokratisch gewählte Studentenausschüsse an Universitäten gegründet. Auch in Österreich gab es revolutionäre Gründungen, die aber so kurz existierten, dass sie kaum in Erscheinung treten oder Wirkung entfalten konnten.⁹ Am anderen Ende des politischen Spektrums formierten sich in Deutschland wie in Österreich rechte Studenten in paramilitärischen Studentenwehren und beteiligten sich an brutalen militärischen Einsätzen, die in Deutschland, anders als in Österreich, bis zur Unterstützung politischer Morde gingen.¹⁰

Andererseits suchte der Großteil der Generation der »Kriegsstudenten« – die 1918 bis 1923 Studierenden – aber noch den politischen Ausgleich. In Deutschland gründeten sie, analog zur verfassunggebenden Nationalversammlung, im Frühjahr 1919 Allgemeine Studentenausschüsse (AStA) an allen Universitäten, erstmals mit demokratischer Binnenstruktur (allgemeines direktes Wahlrecht), auf breitester Basis durch Zwangsmitgliedschaft und erstmals auch mit einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit durch Pflichtbeiträge aller Studierenden. Diese demokratisch konzipierten Studentenausschüsse gründeten im Juli 1919 das erste echte deutsche Studentenparlament in Würzburg als »Deutsche Studentenschaft« (DSt). Diese war ursprünglich als Dachorganisation »aller Studenten »deutscher« Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets« gedacht und mit dem expliziten Ziel, »in allen der gesamten deutschen Studentenschaft gemeinsamen Angelegenheiten insbesondere in Bildungs- und wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen und Maßnahmen durchzuführen, die deutsche Studentenschaft nach innen und außen zu vertreten, ihre Rechte zu wahren, ihr Wohl zu fördern und die notwendigen Verhandlungen mit Körperschaften und Behörden zu führen. Fragen des Glaubensbekenntnisses und der Parteipolitik sind von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.«¹¹ Diese Organisation bestand in engster Verflechtung der deutschen Studierenden des Deutschen Reiches, Österreichs und der

⁸ ÖStZa, Hg., Statistische Nachrichten, Wien 3 (1925), 190.

⁹ Vgl. GRIESEBNER 1990; LICHTENBERGER-FENZ 1990; Wolfgang SPEISER, Die sozialistischen Studenten Wiens 1927–1938, Wien 1986.

¹⁰ Z. B. Beteiligung an Ermordung des bayerischen Regierungspräsidenten Kurt EISNER, des deutschen Finanzministers Matthias ERZBERGER und des deutschen Außenministers Walther RATHENAU; vgl. JARAUSCH 1998, 120.

¹¹ Zit. n. JARAUSCH 1998, 121.

Tschechoslowakei. In Österreich gab es 1918 auch die Forderung nach demokratisch gewählten Studentenräten – anfangs analog zu den Arbeiter- und Soldatenräten, später eher an der Gewerkschaftsidee orientiert – und unter dem sozialdemokratischen Unterrichtsstaatssekretär Otto GLÖCKEL auch einige Versuche der Umsetzung, die aber an der radikalen Ablehnung der Universitäten und ihrer Professoren scheiterten. Diese erblickten darin eine »Gefahr der Politisierung«, die sie dagegen bei der eingespielten Zusammenarbeit mit dem katholisch-konservativen Cartellverband (CV) und national orientierten Studentenverbindungen nicht als Problem empfanden.¹²

Die Deutsche Studentenschaft wurde, entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption, in ihrer österreichischen bzw. Wiener Ausprägung zum zentralen Motor der chauvinistischen und antisemitischen Hetze auf akademischem Boden und wirkte von diesem aus in die Gesellschaft hinein. Sie fasste bis 1932 völkische, deutschnationale und katholische Studentenorganisationen zusammen und wurde von den österreichischen akademischen Behörden als einzige Studentenvertretung anerkannt, obwohl – oder weil – sie mehr als ein Drittel aller Studierenden explizit nicht nur von der Vertretung ausschloss, sondern sie vielmehr als explizite Gegner ansah: alle ausländischen und alle jüdischen Studierenden. So hatten beispielsweise von den 12.870 Studierenden der Universität Wien im Wintersemester 1932/33 19% die jüdische Religionszugehörigkeit und 18,7% eine nicht österreichische Staatsbürgerschaft, wobei sich die beiden Gruppen teilweise überschneiden. Nimmt man alle drei österreichischen Universitäten, war der Anteil jüdischer Studierender mit 13,5% niedriger, der Anteil ausländischer Studierender aber mit 27,5% entsprechend höher.¹³

Das nur formelle Demokratieverständnis führte zu lange andauernden, mehrere Studierendengenerationen übergreifenden Auseinandersetzungen um die Verfassung der Deutschen Studentenschaft, die sich demokratischer Formen bediente, um undemokratische Ziele durchzusetzen. Als länderübergreifende Vertretung aller deutschen Studierenden setzte sich die österreichische mit ihrer vehementen Einforderung des Arierparagrafen gegenüber der kompromissbereiteren »reichsdeutschen« Organisation durch: Mitglieder konnten nur Studenten »deutsch-arischer« Abstammung werden. Nur diesen sollte auch eine zentrale Funktion der Deutschen Studentenschaft zugutekommen. Sie bestand in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg besonders in der Linderung der wirtschaftlichen Not eines Großteils der Studierenden: Fehlender Wohnraum wurde mit Gründung eigener Wohnungsämter, fehlende Lebensmittel mit Gründung von Mensen, finanzielle Not mit der Einführung von Stipendien und Darlehen bekämpft. Trotz unterschiedlichem politischen Agieren der »Generation« der

¹² Vgl. dazu auch GRIESEBNER 1990; LICHTENBERGER-FENZ 1990; ZOITL 1995.

¹³ Vgl. ÖStZa, Hg., Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Wien 14 (1933), 190–197.

KriegsstudentInnen (1918 bis 1923) und der NachkriegsstudentInnen ab 1923 war ihnen die nationale und die antisemitische Komponente gemeinsam, die sich wie ein roter Faden durch die Studierendenpolitik der 1920er und 1930er Jahre zog. Die Deutsche Studentenschaft, sie wurde 1920 in Deutschland vom deutschen Kultusminister Carl Heinrich BECKER¹⁴ auf die Mitgliedschaft »reichsdeutscher« Staatsbürger beschränkt, entwickelte vor dem Hintergrund des Versailler Friedensvertrages und der damit verbundenen Gebietsverluste kompensatorisch wieder großdeutsche Ambitionen. Das Territorium der Weimarer Republik wurde nur als Kernland verstanden, und die Selbstorganisation der »reichsdeutschen« Studierenden umfasste daher von Anfang an auch die österreichischen, sudetendeutschen und Danziger Studierenden. Dieser kulturelle großdeutsche Nationalismus entsprach auf Seiten der österreichischen studentischen Akteure dem Bedürfnis nach »Anschluß« und »deutscher Kulturnation« – im Widerspruch zum Friedensvertrag von St. Germain und seinem Anschlussverbot Österreichs an Deutschland. Die Weiterentwicklung zum politischen Revisionismus, der die territoriale Neuordnung Europas mit propagandistischen und letztlich auch militärischen Mitteln erzwingen wollte, wurde dabei antizipiert und unterstützt.

Neben dem Leitmotiv des (Deutsch-)Nationalen war das Leitmotiv des rassistischen Antisemitismus für die gesamte Zeit zentral. Der schon aus Zeiten der Habsburger- wie auch der Hohenzollern-Monarchie her weit verbreitete Antisemitismus verschärfte sich in den 1920er Jahren um darwinistisch-biologische Facetten. Konrad JARAUSCH konstatiert, dass der »aggressive Antisemitismus vor allem von den Österreichern in die Deutsche Studentenschaft hineingetragen«¹⁵ wurde. Im Nachkriegs-Wien lebten und studierten zahlreiche BewohnerInnen der ehemaligen Monarchie, einige davon optierten für die österreichische Staatsbürgerschaft, andere wollten nach dem Studium wieder in ihre Geburtsländer zurückkehren. Auf jeden Fall gab es eine große Gruppe Studierender nichtdeutscher Muttersprache (davon zahlreiche mit österreichischer Staatsbürgerschaft) und einen hohen Anteil jüdischer Studierender. Diese Studierenden trafen an der Universität Wien auf ein weit verbreitetes studentisches Selbstverständnis und auf Organisationsformen, die von traditionellem Antisemitismus geprägt waren, der durch »Dolchstoß«-Legende und Konkurrenzfurcht vor jüdischen Mitbewerbern um knappe Stellen immer weitere Kreise zog. Die österreichischen Studierenden spalteten sich in dieser Phase in einen »arischen Ring« der Nationalisten und Katholiken und in einen opponierenden liberal-jüdischen Flügel, wobei lediglich der »arisch-nationale« Flügel von der Deutschen Studentenschaft als legitim anerkannt wurde. Der radi-

¹⁴ Carl Heinrich BECKER (1876–1933), Orientalist, und Kulturpolitiker, 21. April–7. November 1921 preußischer Kultusminister, dann 1921–1925 Staatssekretär, 1925–1930 preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

¹⁵ JARAUSCH 1998, 123.

kale Antisemitismus war damit in der offiziellen Vertretung weit überrepräsentiert und wirkte so aber wieder zurück auf das antisemitische und antidemokratische Gesamtklima der Universitäten.¹⁶ Als in Wien 1926 der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) gegründet wurde, gelang es diesem in kurzer Zeit zur stärksten Fraktion innerhalb der Deutschen Studentenschaft zu werden. Binnen weniger Jahre bildeten die beiden Organisationen fast eine Personalunion.

Die NS-dominierte Deutsche Studentenschaft war mit 23. September 1933 in Österreich per Erlass des Unterrichtsministeriums aufgelöst, und kurz darauf wurden staatlich ernannte – nicht demokratisch gewählte – »Sachwalter« als studentische Vertreter eingesetzt.¹⁷ Zum Leiter der Hochschülerschaft an der Universität Wien wurde Josef KLAUS¹⁸, zum Leiter der gesamtösterreichischen Heinrich DRIMMEL¹⁹ ernannt, Mitglied der Katholischen Hochschulverbindungen Nordgau Wien und Franco-Bavaria und des Cartellverbandes (CV). Er trug die austrofaschistische Politik sowohl gegen linke als auch nationalsozialistische Universitätslehrer und Studierende mit und versuchte die Ziele des CV politisch zu realisieren, aus der Universität die »kommende christliche Hochschule« zur »katholische(n) Durchgeistigung des öffentlichen Lebens« zu machen und integrierte den CV in die Vaterländische Front von Bundeskanzler SCHUSCHNIGG. Heinrich DRIMMEL ist auch ein gutes Beispiel für Kontinuitäten im Hochschulbereich: Ab 1946 Beamter im Unterrichtsministerium wird er Sekretär des Unterrichtsministers Felix HURDES²⁰, ist ab 1952 Leiter der Hochschulsektion und ab 1954 schließlich selbst als Langzeit-Unterrichtsminister als höchste Instanz für die Universitäten zuständig.²¹

¹⁶ Vgl. dazu ZOITL 1981; ZOITL 1995; LICHTENBERGER-FENZ 1990.

¹⁷ LICHTENBERGER-FENZ 1990; GRIESEBNER 1990.

¹⁸ Josef KLAUS (1910–2001), Jurist, ab 1933 erster Sachwalter der austrofaschistischen Hochschülerschaft der Universität Wien, Vorsitzender der Katholisch-Deutschen Hochschülerschaft Österreichs (KHDÖ) und Mitglied der K.Ö.St.V. Rudolfina Wien und des CV, er promovierte 1934 an der Universität Wien; 1961–1963 Finanzminister, 1964–1970 Bundeskanzler. Vgl. Josef KLAUS, *Macht und Ohnmacht in Österreich. Konfrontationen und Versuche*, Wien, München u. Zürich 1971.

¹⁹ Heinrich DRIMMEL (1912–1991), Jurist, 1936–1938 Sachwalter der austrofaschistischen Hochschülerschaft Österreichs, ab 1946 im Unterrichtsministerium, 1954–1964 Bundesminister für Unterricht, 1956–1969 Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees.

²⁰ Felix HURDES (1901–1974), Rechtsanwalt, Dezember 1945–1952 Bundesminister für Unterricht; 1936–1938 Landesrat von Kärnten, 1938–1939 KZ Dachau, 1944–1945 KZ Mauthausen, 1945–1951 Mitbegründer und Generalsekretär der ÖVP, 1945–1966 Nationalratsabgeordneter, 1953–1959 Nationalratspräsident.

²¹ Oliver RATHKOLB, *Die Universität Wien und die »Hohe Politik« 1945 bis 1955*, in: Margarete Grandner, Gernot Heiß u. Oliver Rathkolb, Hg., *Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945–1955*, Innsbruck 2005, 38–53, hier: 50f.

An der Universität Wien war die akademische ideologische Selbstreproduktion der Professoren – Verhinderung der Habilitation jüdischer, sozialdemokratischer oder gar kommunistischer WissenschaftlerInnen zu DozentInnen sowie der Berufung entsprechender ProfessorInnen – ebenfalls stark antisemitisch, antidemokratisch und antiliberal. Gesellschaftlich durchaus vorhandene Reformbemühungen orientierten sich weniger auf eine Reform der Universitäten, sondern konzentrierten sich in diesen Jahrzehnten mehr auf die Volkshochschulbewegung im »Roten Wien«. Diese versuchte, egalitäre und vor allem demokratische Ideen im Bildungsbereich, u. a. auch mithilfe dafür zugänglicher UniversitätsprofessorInnen und –dozentInnen, zu verwirklichen.²² Doch waren diese eben Aus- und Weiterbildungs- und keine staatlich anerkannten Zertifikationseinrichtungen, d. h. ohne Promotionsrecht.

Jarausich beschreibt in diesem Zusammenhang die rein parteipolitischen Studentenorganisationen als ein Novum dieser Zeit, etwa die kommunistischen oder sozialdemokratischen Studentenverbände.²³ In Österreich hat nach Zoitl diese Entwicklung bereits früher eingesetzt.²⁴ Die konservativen und deutschnationalen Parteien hatten im katholischen Cartellverband (CV), in den Korporationen und (schlagenden) Studentenverbindungen schon lange Organisationsformen entwickelt, die ihre Angehörigen organisierten und betreuten. Die bis dahin an den Universitäten unterrepräsentierten linken Parteien gründeten nun ebenfalls studentische Organisationen, die allerdings mangels breiter Verankerung ihrer Klientel hochschulpolitisch kaum gestaltend tätig werden konnten und eher in der parteiinternen Nachwuchsrekrutierung ihre Bedeutung entwickelten. In Deutschland blieb die Mitgliederrate aller parteipolitischen Organisationen zu Anfang der 1920er Jahre mit gerade einmal einem Prozent entsprechend gering.²⁵

Die Schlägereien und Krawalle an der Universität Wien waren 1929 schon fast alltäglich geworden: »Wir möchten diesen Exzessen keine übertriebene Bedeutung beimessen, denn leider handelt es sich ja nicht um eine vereinzelt Erscheinung, sondern beinahe jedes Jahr fühlen die völkischen Studenten das Bedürfnis, durch solche Unruhen die Überlegenheit ihrer Rasse zu beweisen.«²⁶ Der ironisch-distanzierte Blick der bürgerlich-liberalen Presse wurde dem Erleben der Betroffenen dieser antisemitischen Ausschreitungen kaum gerecht.

²² Vgl. u. a. Klaus TASCHWER, Wissenschaftskrise und politischer Konflikt. Zu den Auseinandersetzungen um die wissenschaftliche Volksbildung in der Zwischenkriegszeit, in: Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung, 9 NF (1998), 35–58.

²³ JARAUSCH 1998, 124.

²⁴ Helge ZOITL, Kampf um Gleichberechtigung. Die sozialdemokratische Studentenbewegung in Wien 1914–1925, ungedr. phil. Diss. Univ. Salzburg, Salzburg 1976; ZOITL 1992.

²⁵ Vgl. JARAUSCH 1998.

²⁶ Neue Freie Presse, 5. November 1929.

Bruno KREISKY²⁷, in dieser Zeit sozialistisch engagierter Jusstudent an der Universität Wien, erzählt in seinen Memoiren – quasi stellvertretend für zahlreiche Schilderungen – über diese Erfahrungen aus einer Innenperspektive:

»Das Klima an der Universität war schon dadurch verpestet, daß man bei Professoren inskribieren mußte, die aus ihrer antisemitischen Gesinnung überhaupt kein Hehl machten. Das gehörte offenbar zu jener Lehrfreiheit, die verfassungsmäßig garantiert war. (...) Das österreichische Universitätsleben jener Jahre hatte nichts, aber auch gar nichts von dem legendären *Gaudeamus igitur*. Es war schlicht und einfach eine Hölle. Hörer, von denen man wußte, daß sie jüdischer Abkunft waren, oder die so aussahen, wurden immer wieder aus den Universitäten hinausgeprügelt. Man saß in einer Vorlesung, und plötzlich stürmte ein Haufen Nazistudenten in den Hörsaal – meist in Stiefeln –; sie sprangen auf die Bänke und riefen »Juden raus!« und »Rote raus!«. Bei den Roten war die Herkunft natürlich nicht so deutlich sichtbar, aber wer von ihnen sich profiliert hatte, zählte unumstößlich zu den ersten Opfern der sogleich beginnenden Prügelei. War man aus dem Hörsaal einigermaßen heil heraus, stand das Schlimmste noch bevor. Auf den langen Gängen und auf den Stiegen pflegten die Nazis nämlich sogenannte Salzgassen zu bilden, durch die man hindurchgeprügelt wurde, bis man mit Mühe und Not den Ausgang erreichte – meistens verletzt. Immer häufiger kam es zu dramatischen Zusammenstößen. Bei den Resten der alten Bastei sammelten sich einmal die sozialistischen Studenten, ein andermal die jüdischen. (...) Auf der anderen Seite, auf der Rampe der Universität, standen die Nazistudenten. Sie kamen zum größten Teil aus schlagenden Verbindungen, und während sie ihre Lieder absangen, haben wir auf der anderen Seite zum Trotz unsere Lieder angestimmt. So sind wir uns eine ganze Weile singend und grölend gegenübergestanden, bis diejenigen, die sich in der Überzahl gefühlt haben, losstürmten. So kam es zu wilden Prügeleien, die aber auf die Rampe der Universität beschränkt blieben, weil dort die Polizei nicht eingreifen durfte. Es war bezeichnend für die reaktionäre Gesinnung der Wiener Polizeibehörden, daß sie unter dem Vorwand der akademischen Freiheit auch den Aufgang zur Universität als Gelände außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches betrachteten. Die Rampe war ein Teil der Straße, und die Polizei wäre durchaus berechtigt gewesen einzugreifen. Das ist aber nur einmal, im Mai 1933, nach einer Schlägerei zwischen katholischen Studenten und Nazis geschehen.«²⁸

²⁷ Bruno KREISKY (1911–1990), Jurist, 1970–1983 österreichischer Bundeskanzler, in Folge des Bürgerkrieges 1934 im »Sozialistenprozess« 1936 verurteilt, für das weitere Studium an allen österreichischen Hochschulen gesperrt, konnte im Sommer 1938, im Rahmen einer »Nichtarierpromotion« (vgl. Kap. 3.5.2 ab S. 130), noch an der Universität Wien sein Studium abschließen.

²⁸ Bruno KREISKY, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Wien 1986, 169–173.

Dass Bruno KREISKY, der spätere österreichische Bundeskanzler, trotz seiner Bemühungen um die Entwicklung des Wissenschaftsressorts in seiner Amtszeit, die Wiener Universität Zeit seines Lebens nur ungern und mit gemischten Gefühlen betreten hat, verwundert demnach nicht. Er hat auch nie ein Hehl daraus gemacht – auch nicht vor den VertreterInnen der Institution. Auch später beschreibt er, »ist jeder Schritt auf akademischem Boden für mich eine Erinnerung an etwas sehr Unangenehmes. Mich verbindet nicht das geringste Gefühl der Dankbarkeit mit der berühmten Alma mater Rudolphina, und so hat es seinen guten Grund, daß man dort niemals auf die Idee gekommen ist, mir eine Ehrung zuteil werden zu lassen.«²⁹

Eine weitere Stimme über diesen Studienalltag Anfang der 1930er Jahre, die heute in die offizielle Gedenkkultur der Universität Wien eingeschrieben ist, möchte ich hier noch exemplarisch anführen: »In der Germanistik interessierten mich zunächst die Vorlesungen des Prof. Paul KLUCKHOHN, des Experten für die deutsche Romantik. Doch ich kam bald darauf, daß er, wie immer er seine Vorlesungen auch betitelte, unweigerlich bei der deutschen Romantik landete und dort auch aufhörte. Ich war im 3. Semester, als ich mich bei Prof. KLUCKHOHN zu einem Kolloquium anmeldete. Er hielt die Prüfungen in Dreiergruppen ab und gestattete Studierenden zuzuhören. Ich war in einer Gruppe mit zwei ahnungslosen Studenten, die sich anscheinend auf ihre Schmisse verlassen hatten. Der eine schüttelte bei der ersten Frage den Kopf und tat den Mund fast nicht auf, und die Frage ging an den zweiten Prüfling über, der Unzusammenhängendes murmelte, und die Frage landete bei mir, ich beantwortete sie richtig und ausführlich. Das ging so eine Weile, bis sich der Professor erhob. Wir folgten ihm alle drei, von Freunden begleitet, zum Dekanat, um die Zeugnisse entgegenzunehmen. Die beiden Burschen hatten ein »Gut«, und ich war nur gerade durchgekommen. »Das muß ein Irrtum sein«, sagten die beiden Kollegen, »wir warten mit Ihnen, bis der Herr Professor heraus kommt und Sie ihn gleich fragen können.« Nach einigem Sträuben gab ich nach. Ich hielt Prof. KLUCKHOHN mein Zeugnis hin und sagte: »Ich habe doch alle Fragen beantwortet, Herr Professor, ist dies nicht ein Irrtum?« Er antwortete nicht und ging hoch erhobenen Hauptes an mir vorbei, als ob ich Luft wäre. Die Umstehenden waren betroffen, aber ich nicht, denn ich wußte, was es bedeutete, im Meldebuch, in der Spalte Geburtsort, »Trembowla, Polen« stehen zu haben.

Jeden Samstag hatten die deutsch-nationalen Studenten der schlagenden Verbindungen ihren Korso in den Wandelgängen der Universität. Anschließend stürmten sie die Hörsäle mit dem Ruf: »Juden raus!« Ich wußte von keinem Professor, der sich ihnen entgegengestellt hätte. Daher war ich auch sehr erstaunt über das Verhalten von Professor KLUCKHOHN, als sie in seine Vorlesung

²⁹ Ebd., 176.

eindringen. Wieder schrien sie ihr ›Juden raus‹. Da nahm der Professor seine Skripten und sagte laut und ruhig: ›Wir gehen alle.‹

Ein Samstag ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Die Burschenschaffter waren wieder mit ›Juda verrecke‹ in die Hörsäle gestürmt und zerrten die jüdisch aussehenden Studenten unter Schlägen aus dem Saal und prügeln sie bis zur Rampe der Universität hinunter. Unter den Mißhandelten war diesmal ›Blümchen‹; so nannten wir einen typisch intellektuell aussehenden Studenten – starke Augengläser, schwächliche Gestalt – namens Blum. Es war ein veritabler Spießrutenlauf. Auf der Straße stand ein Polizeikordon. Die Wachleute sahen zu, wie die Bande einzelne Wehrlose blutig prügelte, denn die Polizei durfte akademischen Boden nicht betreten. Sie sahen unbewegt oder auch spöttisch lächelnd, sogar hämisch, der ›Hetz‹ zu. Wir anderen standen hinter dem Polizeikordon und konnten nur ohnmächtig mit Schreien protestieren. Die Korpsstudenten hatten zuerst Blümchens Augengläser zerschlagen, und er bot in seiner Wehrlosigkeit einen jammervollen Anblick. Wir schrien alle ›Feiglinge, Feiglinge‹ im Chor, ›das ist deutscher Mannesmut, eine ganze Bande gegen einen! Ich stand hinter einem älteren, grauhaarigen Polizisten und merkte gar nicht, was ich schluchzend in ohnmächtiger Wut schrie. Er drehte mir seinen Kopf zu und flüsterte: ›Vorsicht, Fräulein, die merken sich ihr Gesicht, und dann kommen Sie dran.‹ Ich weiß nicht recht, was weiter geschah. Ich erinnere mich nur an den Rettungswagen, den jemand telephonisch herbeigerufen hatte, und daß man ›Blümchen‹, der vor der Rampe am Boden lag, in den Wagen hinein hob.

(...) Es war an einem der letzten Vorlesungstage vor dem Beginn der Semesterferien. Ich wollte noch schnell etwas in einem Nachschlagewerk in der Universitätsbibliothek überprüfen. In der Aula und auf Stiegen und Gängen sah es schon nach Ferien aus, doch mir schien, als ob etwas in der Luft läge. Ich nahm mir vor, mich sehr zu beeilen. (...) Plötzlich hörte man draußen Piffe und Geschrei, es war ein furchtbarer Lärm. Man prügelte wieder. (...) Zwei Saalbeamte liefen zur Tür, um sie zu verschließen. Doch es war zu spät. Mit erhobenen Stöcken stürmten die Kerle in den stillen Lesesaal: ›Raus, ihr feigen Saujuden, raus! Wir finden euch schon! (...) Ich glaube, ich zitterte am ganzen Körper und sah nur aus den Augenwinkeln die Bande, die von den hinteren Plätzen einzelne Studenten mit blutenden Köpfen vor sich hertrieben und sie durch die Türe auf den Gang hinausstießen. Ein Pedell schloß rasch die Türe ab, ein anderer versuchte die Blutspuren wegzuwischen. Man konnte ausnehmen, wie die Burschenschaffter ihre Opfer die Stiegen hinunterwarfen und mit ihrem ›Juda verrecke‹ zum nächsten Hörsaal stürmten. Mir schien, daß nicht nur ich, sondern alle im Hörsaal Zurückgebliebenen den Atem anhielten.«³⁰

³⁰ Minna LACHS, Warum schaust Du zurück? Erinnerungen 1907–1941, Wien, München u. Zürich 1986, 150–155.

Dieser Erinnerungstext von Minna LACHS³¹ an die Zeit antisemitischer Verfolgung etliche Jahre vor dem »Anschluß« 1938 ging vor kurzem auch in die offizielle Gedenkkultur der Universität ein. Im Hauptgebäude der Universität an der Ringstraße wurde 2006 nach 15-jähriger Diskussion³² der »Siegfriedskopf« aus der Aula, dem architektonischen Zentrum der Universität, entfernt, in die rechte Ecke des Arkadenhofes versetzt und neu kontextualisiert. Dieses Kriegerdenkmal für die Toten des Ersten Weltkrieges wurde 1919 von der Deutschen Studentenschaft geplant und 1923 errichtet. Die Inschriften wie die Errichtung selbst waren Ausdruck jener deutschnationalen Gesinnung, die die Universität in der Zwischenkriegszeit prägte. Das Denkmal wurde dann in den nächsten 80 Jahren immer wieder für deutschnationale Kundgebungen und Manifestationen genutzt, ab den 1980er Jahren auch für die Proteste dagegen. Der »Siegfriedskopf« wird nun unter einem Glaskubus präsentiert, in den der oben zitierte Text von Minna LACHS eingearbeitet ist. Der Glaskubus schützt rein technisch das Denkmal, greift aber mit der Schrift auch in die Rezeptionsmöglichkeit ein: Der darin eingelassene Text wirft seinen Schatten auf das nun vom Sockel genommene Denkmal und »verstellt« den affirmativen, bzw. eröffnet einen kritischen Blick darauf. Der Text beschreibt die Auswirkungen jener politischen Gesinnung, die in der Zwischenkriegszeit an der Universität Wien dominierte und deren Symbol der »Siegfriedskopf« war und ist – ohne die Rezeption der Folgen ist somit heute dieses Denkmal nicht mehr rezipierbar.³³

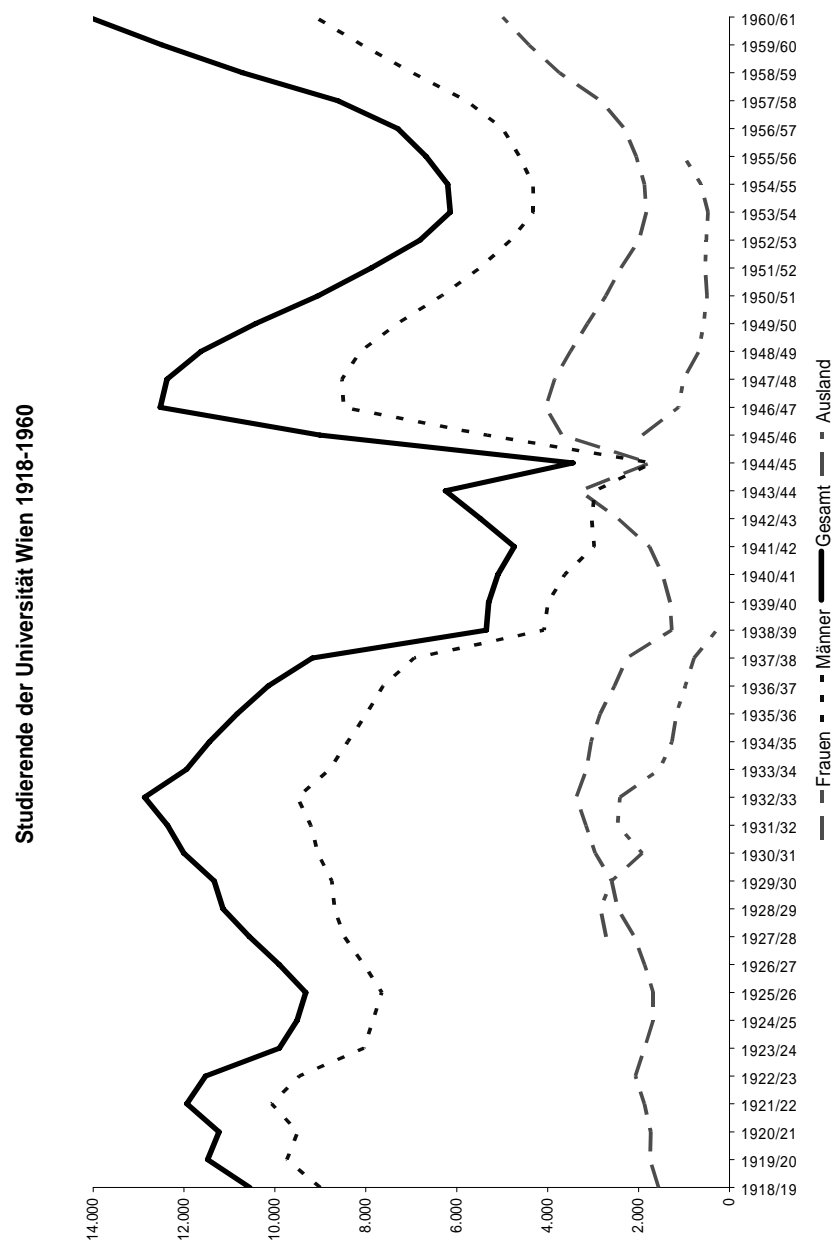
2.2 STUDIERENDENZAHLEN 1918–1938

Am Beginn der Ersten Republik steigen die im Ersten Weltkrieg um die Hälfte gesunkenen Studierendenzahlen wieder an, erreichen aber nach dem unmittelbaren Nachkriegshöhepunkt nicht mehr das Vorkriegsniveau. Im Wintersemester 1918/19 sind an der Universität Wien rund 10.500 Studierende – 14,7% davon Frauen – inskribiert. Die Zahl steigt noch bis 1921/22 um 13% an und

³¹ Minna LACHS, geb. SCHIFFMANN (1907–1993), sie studierte ab 1927 an der Universität Wien Germanistik, Romanistik und Psychologie und promovierte 1933 mit einer Arbeit zur deutschen Ghetto-Geschichte; vgl. LACHS 1986; Siglinde BOLBECHER u. Konstantin KAISER, Hg., Lexikon der österreichischen Exilliteratur, Wien 2000, 419f.

³² Vgl. Ulrike DAVY u. Thomas VAŠEK, Der »Siegfried-Kopf«. Eine Auseinandersetzung um ein Denkmal in der Universität Wien. Dokumentation, Wien 1991; Siegfrieds Köpfe. Rechtsextremismus, Rassismus & Antisemitismus an der Universität Wien, Context XXI, Wien 2002.

³³ Künstlerische Neufassung 2006 durch Beate Marx und Gilles Mussard, Photoglas, zeithistorische Aufarbeitung und Medienstation: Mario Wimmer, Institut für Zeitgeschichte; vgl. <http://public.univie.ac.at/uploads/media//Langversion.doc> [30. Juni 2007] bzw. den Beitrag in der Online-Zeitung der Universität Wien <http://www.dieuniversitaet-online.at/beitraege/news/kuenstlerisch-gestaltet-wissenschaftlich-aufgearbeitet-siegfriedskopf-im-arkadenhof/10.html> [13. Juli 2006].



Grafik 1 Studierende der Universität Wien nach Geschlecht und In-/Ausland 1918–1960

nimmt dann bis zum Wintersemester 1925/26 kontinuierlich ab auf 88% des Standes von 1918/19 bzw. rund 9.300 Studierende (Frauenanteil 18%). Die Gründe dafür dürften sowohl die Verschärfung der Aufnahmebedingungen für Studierende aus den anderen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie als auch teilweise die Erhöhung der Studiengebühren 1922/23 sein.³⁴ Die Zahl der Studierenden an der Universität Wien erreicht im Wintersemester 1932/33 mit 12.870 Studierenden und einem Frauenanteil von 26,2% den höchsten Stand der Zwischenkriegszeit (vgl. dazu Grafik 1).

In der Zeit des Austrofaschismus nimmt die Zahl der Studierenden dann kontinuierlich ab: auf 9.180 im Wintersemester 1937/38, was einen Rückgang um rund 25% in fünf Jahren bedeutet.³⁵ Der Frauenanteil verändert sich bei dieser starken Abnahme hingegen nur geringfügig von 26,2% im Wintersemester 1932/33 auf 24,5% im Wintersemester 1937/38. Vom Wintersemester 1937/38 zum Folgejahr stürzt die Zahl dann innerhalb eines Jahres von 9.180 auf 5.331 um fast 42% – eine direkte und indirekte Folge der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Österreich. Dies ist der stärkste Einbruch der Studierendenzahlen in einem so kurzen Zeitraum im gesamten 20. Jahrhundert.³⁶ Kurz darauf fiel die Zahl der Studierenden durch die NS-Politik, die Einberufungen der männlichen Studierenden zur Wehrmacht und die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges und erreichte im Wintersemester 1944/45 den historischen Tiefstand des gesamten 20. Jahrhunderts mit 3.446 Studierenden und einem Frauenanteil von 50,6%.

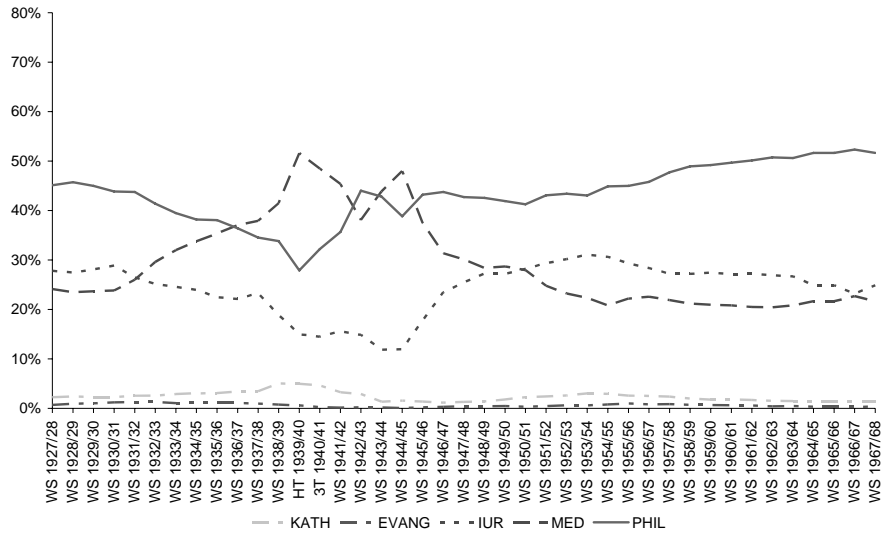
Die Zahl der Studierenden entwickelte sich an den fünf Fakultäten relativ unterschiedlich. Während der Anteil der Jus-Studierenden in den zehn Jahren vor dem »Anschluß« sich von fast 30% auf knapp über 20% reduzierte, stieg der Anteil der Medizin-Studierenden kontinuierlich und verdoppelte sich fast auf rund 42% im Wintersemester 1938/39. Die Studierenden der Philosophischen Fakultät – nach 1918 die größte Fakultät – nahmen an Zahl tendenziell ab und wurden 1936/37 von jenen der Medizinischen Fakultät zahlenmäßig überholt. Während der NS-Zeit und des Zweiten Weltkrieges stieg anfangs lediglich die Zahl der Medizin-Studierenden, ab 1939/40 aber auch die Studierendenzahlen der naturwissenschaftlichen Fächer an der Philosophischen Fakultät; beide Bereiche galten als kriegswichtig.

Der Anteil der Wiener Studierenden an den Studierenden aller österreichischer Universitäten – Universitäten Wien, Graz, Innsbruck und die Theologische Fakultät Salzburg – liegt 1918/19, am Beginn der Ersten Republik, bei etwas

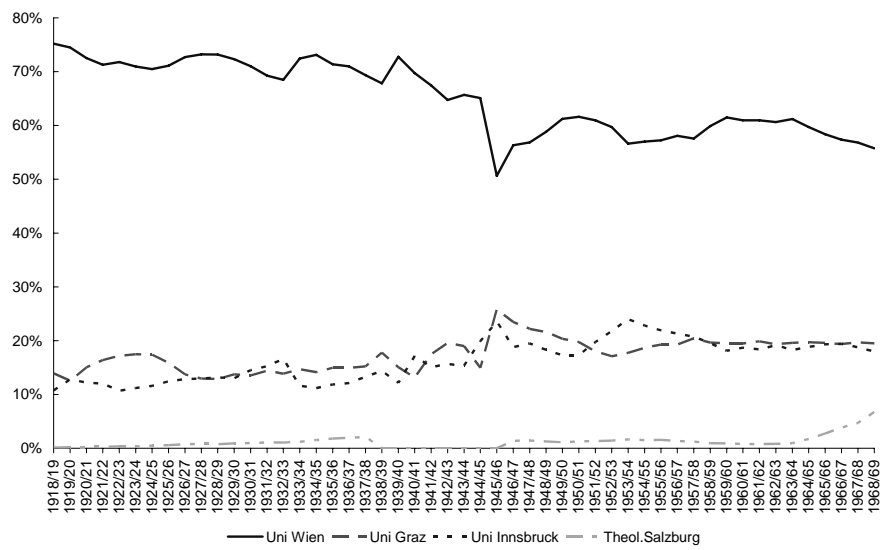
³⁴ Vgl. ZOTIL 1992, 413f.

³⁵ 23,2% ab dem Wintersemester 1932/33 gerechnet, 28,7% ab dem Wintersemester 1933/34.

³⁶ Vgl. dazu Kap. 4.2 ab S. 149.



Grafik 2 Studierendenanteil nach Fakultäten | Universität Wien 1927/28–1967/68



Grafik 3 Anteil der Studierenden der Universität Wien an den Studierenden aller österreichischen Universitäten 1918–1968

über 75%. Der Anteil sinkt dann langsam und kontinuierlich bis 1944/45 auf 65%. Der politische Umbruch 1933/34 wirkt sich hier kaum aus, auch der drastische Studierendenrückgang zu Beginn der NS-Zeit wirkt sich nicht sofort auf die relative Verteilung zwischen den Universitäten aus. Im Verlauf der NS-Zeit sinkt allerdings der Anteil der Universität Wien auf den historischen Tiefststand von 50,7 % im Studienjahr 1945/46. Der starke Anstieg der Studierendenzahlen nach dem Ende der NS-Zeit und des Zweiten Weltkrieges verteilte sich sehr ungleich auf die Universitäten. Das stark bombenzerstörte Wien lag, interalliiert verwaltet, mitten in der sowjetischen Besatzungszone. U. a. motivierten auch die anfangs ernsthaften Entnazifizierungsversuche der Universität Wien viele Studierende, vorerst an die Universitäten in der britischen (Graz) bzw. französischen (Innsbruck) Besatzungszone auszuweichen. Der Anteil der Universität Wien pendelte dann bis 1968 zwischen 55–60% aller österreichischen Studierenden.

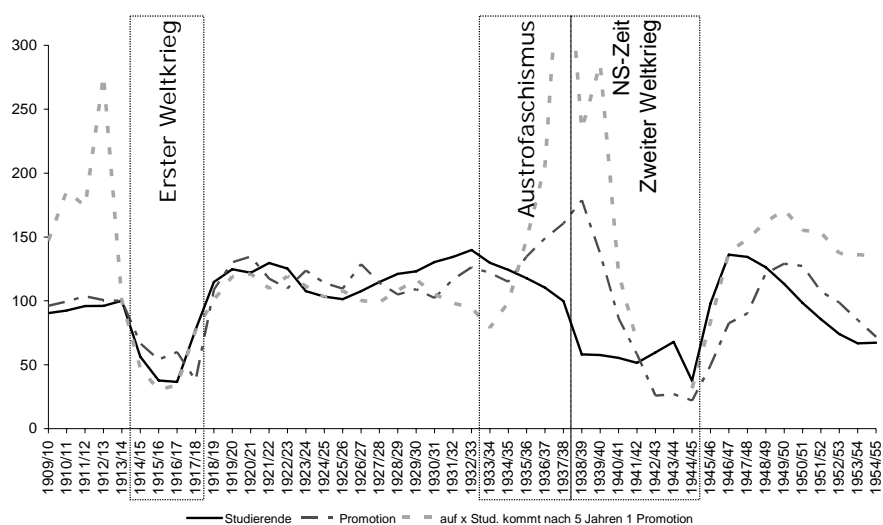
2.3 AKADEMISCHE ABSCHLÜSSE 1918–1938

Zwischen 1880 und 1909 kam auf neun Studierende nach fünf Jahren eine Promotion. Dieser Wert verschlechterte sich für die Studierenden von 1912 dahingehend, dass nur mehr jeder 25. statistisch gesehen nach fünf Jahren promovierte, da viele von ihnen vor ihrem Studienabschluss in die Armee eingezogen wurden. Für die wenigen Studierenden der Kriegsjahre stieg dafür die statistische Chance auf eine Promotion für jedeN dritteN bis fünfteN von ihnen. Zwischen 1919 und 1931 pendelte sich die Rate wieder leicht über dem Vorkriegsniveau bei jedem zehnten Studierenden ein.

Unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges stieg die Anzahl der Studierenden nicht nur in absoluten Zahlen für wenige Jahre sehr stark an, sondern es erreichte auch die Zahl der Abschlüsse einen Höhepunkt, übertraf in relativen Zahlen sogar den Zuwachs an Studierenden: D. h., die Generation der Nachkriegsstudierenden schloss statistisch gesehen mit hoher Erfolgsrate ihr Studium auch ab. (Anders nach dem Zweiten Weltkrieg: Hier stiegen die Zahlen der Studierenden und Promotionen zwar auch stark an, die Zahl der Promotionen aber weit weniger, d. h. nach dem Zweiten Weltkrieg beendeten zahlreiche Studierende ihr Studium nicht.) An der Universität Wien gab es 1919/20 insgesamt 1.205 Promotionen (30% mehr als 1913/14), wobei dies Rektor Ernst SCHWIND³⁷ im abschließenden Bericht zum Studienjahr 1919/20 weniger als erfreuliche Steigerung der Akademikerrate denn als krisenhaftes Zeichen einer

³⁷ Ernst Frh. v. SCHWIND (1865–1932), Jurist, ab 1899 o. Prof. für Deutsche Rechtsgeschichte und Österreichische Reichsgeschichte an der Universität Wien, Dekan der juristischen Fakultät 1902/03, 1912/13, 1922/23, Rektor 1919/20.

»Überfüllung« der Hochschulen und sinkender Qualität der Ausbildung interpretierte: »Leider lässt sich nicht bestreiten, dass die Zunahme der Zahl der Doktore mit ihrem inneren Werte und mit den durchschnittlichen Leistungen der Kandidaten in einer wenig erfreulichen Beziehung steht.«³⁸ Denn selbst die relativ niedere AkademikerInnenquote der Zwischenkriegszeit lag – vor allem in den ersten Nachkriegsjahren – weit über dem Bedarf von Staat und Wirtschaft. In diesen ersten Jahren war allerdings auch der AusländerInnenanteil



Grafik 4 Relative Entwicklung der Zahl der Studierenden zu den Promotionen Universität Wien 1910 bis 1955 (1913/14=100)³⁹

bei den Promovierten noch besonders hoch. Von diesen wurde angenommen, dass sie zur Berufsausübung wieder in ihre Heimatländer zurückgehen würden (bzw. verbot etwa eine Ausländerklausel den fertigen MedizinerInnen eine Berufsausübung in Österreich). Die in Österreich verbleibenden AkademikerInnen hatten schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Der Staat – traditionell größter Arbeitgeber für AkademikerInnen (Verwaltung allgemein, Gerichte, Schulen und öffentliche Spitäler) – baute Angestellte und Beamte zur Sanierung der Staatsfinanzen in großem Ausmaß ab.

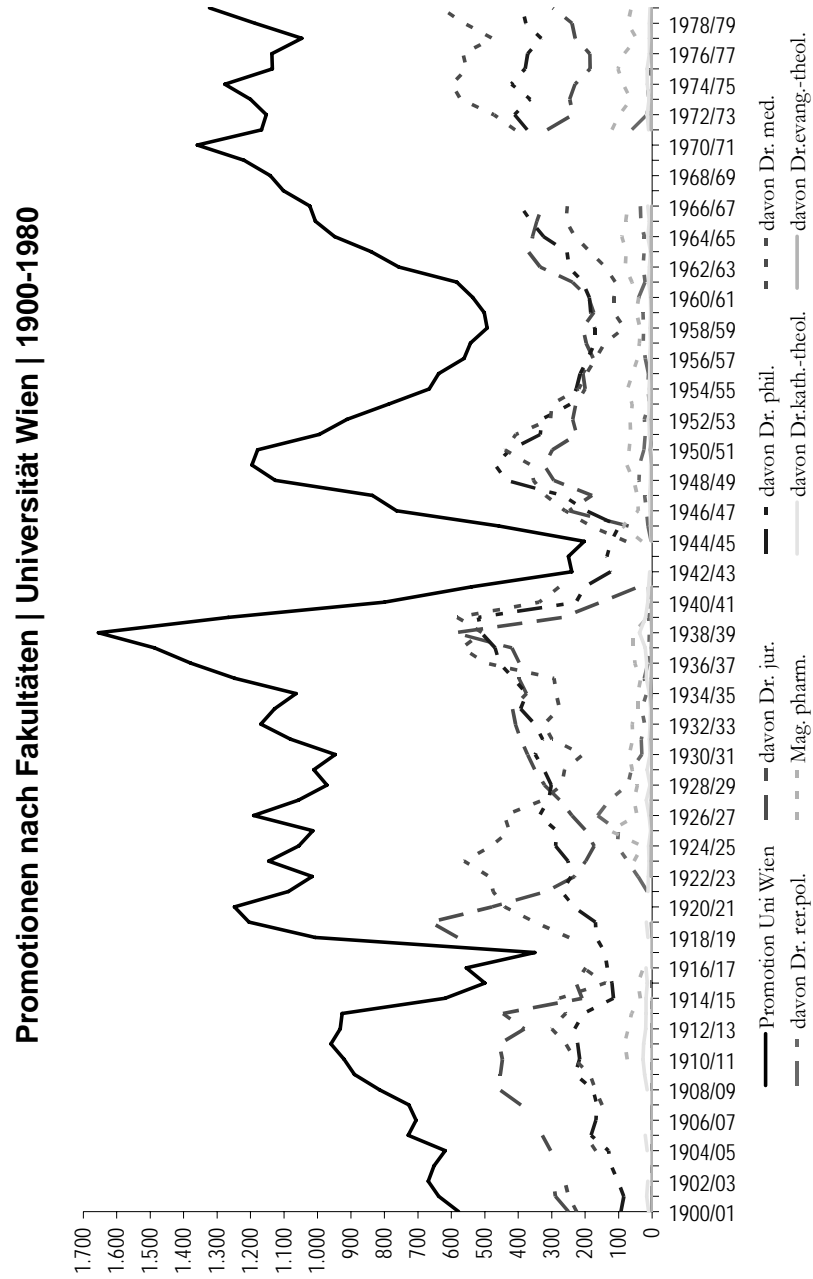
³⁸ UNIVERSITÄT WIEN, Hg., Bericht über das Studienjahr 1919/20, erstattet vom Rektor Ernst Freiherr von Schwind, Wien 1920, 10.

³⁹ Quelle: eigene Berechnungen anhand der Zahlen aus den Rektoratsberichten, Statistischen Handbüchern und Statistischen Nachrichten der entsprechenden Jahre.

Vergleicht man die Entwicklung der universitären Abschlüsse in Relation zur Entwicklung der Studierendenzahl, zeigt sich, dass beide Entwicklungen – gemessen am Studienjahr 1913/14 als letztem »Normaljahr« vor dem Ersten Weltkrieg – großteils ähnlich verlaufen: Sinkt die Zahl der Studierenden, sinkt gleichzeitig auch die Zahl der Promotionen, so etwa während des Ersten Weltkrieges. Bei üblicher Entwicklung müsste der Zunahme der Promotionen eigentlich zeitversetzt um die Mindeststudiendauer von vier bis fünf Jahren⁴⁰ eine Zunahme der Studierenden vorangegangen sein. Durch die atypische Zusammensetzung der Studierenden nach 1918 – mehrere Maturajahrgänge kommen gleichzeitig mit zahlreichen Studierenden, die ihr Studium in höheren Semestern aufgrund des Kriegseinsatzes unterbrechen mussten nun gleichzeitig und mit Sonderkonditionen (verkürzten Studienzeiten für Kriegsteilnehmer u. ä.) – an die Universität und schließen daher potenziell rascher als üblich ab. Betrachtet man die Entwicklung der Studierenden ab 1920/21 parallel zur Entwicklung der Promotionen ab 1926/27 zeigt sich eine annähernde um fünf Jahre zeitversetzte »Normalentwicklung« bis 1933. Im Austrofaschismus sinkt die Zahl der Studierenden kontinuierlich bis 1938 annähernd auf das Niveau vor dem Ersten Weltkrieg ab. Atypisch brechen 1933 beide Entwicklungen zwei Jahre lang gleichzeitig ein. Ein Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg 1934, dem Verbot der sozialistischen, kommunistischen und nationalsozialistischen Parteien und des Studier- und Promotionsverbots ihrer politisch aktiven Studierenden liegt nahe. Ab 1935/36 entwickelt sich die Promotionskurve wieder zeitversetzt synchron zur Studierendenentwicklung, die ja noch bis 1933 anstieg. Die Kurve steigt allerdings steiler an. Einerseits wurde der durch politische Relegierungen und Promotionsverbote verursachte Rückstau innerhalb von ein bis zwei Jahren verstärkt abgebaut (besonders nationalsozialistische Studierende wurden ab dem Berchtesgadener Abkommen 1936 tendenziell wieder zugelassen). Andererseits dürften sich viele Studierende, die ihr Studium aus ökonomischen (unabhängig von allfälligen politischen) Gründen unterbrechen mussten, vor dem Hintergrund zunehmender politischer Unsicherheit noch um einen Abschluss bemüht haben. Diese zweite Entwicklungsdynamik kommt besonders ab 1937/38 stark zum Tragen, überproportional bei jüdischen Studierenden.⁴¹ Die statistische Wahrscheinlichkeit für Studierende von 1936/37, nach fünf Jahren zu promovieren, verringerte sich jedenfalls auf die Hälfte, nämlich nur noch jeden 19., für die Studierenden von 1937/38 sogar nur noch 1:38.

⁴⁰ Mindeststudiendauer an der Philosophischen und Juridischen Fakultät: acht Semester, an den Theologischen und an der Medizinischen Fakultät: zehn Semester.

⁴¹ Vgl. ausführlich in Kap. 4.2 ab S. 149.



Grafik 5 Promotionen je Fakultät und Studienjahr | Universität Wien 1900–1980

Quelle: Statistische Nachrichten, Rektoratsbereiche der Universität Wien, Hochschulstatistiken

Die Grafik 5 zeigt die unterschiedliche Entwicklung der akademischen Grade – Doktor der Rechtswissenschaften, der Staatswissenschaften, der Philosophie, der katholischen oder evangelischen Theologie oder der Medizin, sowie Magister der Pharmazie – an den verschiedenen Fakultäten. Dabei unberücksichtigt sind jene Studierenden, die ohne akademischen Grad, nur mit Staatsprüfungen (Juridische Fakultät) oder Lehramtsprüfung für Mittelschule (Philosophische Fakultät) ohne Promotion oder Sponson von der Universität abgingen. Die Juridische Fakultät hatte nach 1900 bis zum Ersten Weltkrieg die höchsten Absolventenzahlen, fast doppelt so viele wie die Philosophische Fakultät und um ein Drittel bis um die Hälfte mehr als die Medizinische Fakultät. Nach dem Rückgang aller Studienabschlüsse während des Krieges stiegen die Juristenzahlen bis 1919/20 stark aber nur kurz auf über 660 Promotionen an und stürzten dann bis 1924/25 um zwei Drittel auf das Niveau des ausgehenden 19. Jahrhunderts ab, und stieg dann bis 1938/39 wieder auf fast 600 Promotionen an. Nach 1945 pendelten sich die Juridischen Promotionen bis 1980 zwischen 200 und 300 jährlich ein. Weniger sprunghaft, vielmehr langsam aber steigend entwickelte sich die Zahl der Promotionen zum Dr. phil.: Von 93 Promovierten um 1900 verfünffachte sich ihre Zahl eher kontinuierlich auf 519 im Jahr 1938/39, um sich dann in den 1950er Jahren zwischen 200–300 und in den 1960er Jahren zwischen 300–400 Promotionen jährlich einzupendeln.

2.4 ANTEIL DER STUDIERENDEN AN DER BEVÖLKERUNG

Betrachtet man die relativ niedere AkademikerInnenquote, ist es notwendig, sich aber auch vor Augen zu führen, dass am Beginn des 20. Jahrhunderts noch fast ein Viertel der Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die über zehn Jahre alt waren, trotz Schulpflicht AnalphabetInnen waren (1890: 28,5%, 1900: 22,78%, 1910: 16,5%). Die AnalphabetInnenquote differierte jedoch sehr stark nach Nationalitäten: Nur 2,4% der TschechInnen und SlowakInnen und 3,1% der Deutschen waren AnalphabetInnen, aber 10% der ItalienerInnen, 27,4% der PolInnen, 36,4% der UngarInnen, 60,4% der RumänInnen und 63,7% der SerbInnen und KroatInnen.⁴²

Das Ansteigen und Sinken der Studierendenzahlen kann – neben politischen und ökonomischen Faktoren – vor allem auch in Relation zur Bevölkerungsentwicklung interpretiert werden. Einen groben Überblick erhält man, wenn man die Anzahl der Studierenden in Relation zur Gesamtzahl der Bevölkerung der jeweiligen Volkszählungsjahre betrachtet: Nach einem starken Ansteigen der AkademikerInnenquote bis 1919/20 (hier fällt der Zeitpunkt der Volkszählung mit dem Höhepunkt der Nachkriegsfrequenzsteigerung der Universitäten

⁴² ZOITL 1978, 6f., er stützt sich dabei auf: Adalbert ROM, Der Bildungsgrad der Bevölkerung in den österreichischen Alpen- und Karpatenländern nach den Ergebnissen der letzten vier Volkszählungen 1880–1910, in: Statistische Monatsschriften, 39 (1913), 769–814.

zusammen), sinkt dieser Anteil von der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg 1919 bis zum Beginn des Austrofaschismus um ein Viertel und erreicht nach dem weiteren Absinken in der NS-Zeit bis 1951 gerade einmal wieder das Niveau von 1933. Durchgängig ist der Anteil der Männer an den Studierenden weit höher als jener der Frauen, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (ein dem Bevölkerungsanteil entsprechendes Niveau wird erst in den 1990er Jahren erstmals erreicht). Während der Anteil der Männer kontinuierlich um ein Drittel sinkt, steigert sich der Anteil der Studentinnen innerhalb der weiblichen Bevölkerung kontinuierlich und verdoppelt sich fast von 1919 – bis dahin konnten Frauen noch nicht an der Juridischen Fakultät inskribieren – bis 1951: Die größte Schwankung, jene während des Zweiten Weltkrieges, wo Frauen 1943/44 erstmals über 50% der Studierenden der Universität Wien stellten, lässt sich mangels Vergleichszahlen von nachstehender Tabelle leider nicht ablesen.

Tab. 2 Anteil der Studierenden an der Wohnbevölkerung nach Geschlecht 1899–1951

	Auf 10.000 Personen kommen x Studierende	Auf 10.000 Männer kommen x männl. Stud.	Auf 10.000 Frauen kommen x weibl. Stud.
WS 1899/00	21	42	-
WS 1909/10	30	58	3
WS 1919/20	44	85	7
WS 1922/23	41	74	10
WS 1933/34	33	56	12
WS 1937/38	26	-	-
WS 1945/46	38	-	-
WS 1951/52	33	56	13

Quelle: ÖHSSt 1954, 7f., 11; StN 1 N. F. 1946, 76 Tab. 1a

Bei obiger Darstellung entsprechen den 4,4‰ der Studierenden an der Gesamtbevölkerung im Wintersemester 1919/20 in absoluten Zahlen 28.587 Studierende, den 4,1‰ im Wintersemester 1922/23 26.635 Studierende, den 3,3‰

im Wintersemester 1933/34 22.446 Studierende und den 3,3% im Wintersemester 1951/52 entsprechen insgesamt 22.720 Studierende.

2.5 ANTEIL JÜDISCHER STUDIERENDER

Erst mit dem Staatsgrundgesetz 1867⁴³ wurde die Gleichberechtigung und Freizügigkeit für jüdische BürgerInnen gesetzlich ermöglicht. Bis dahin war ihnen der Zugang zu öffentlichen Ämtern mehr oder weniger verwehrt. Damit, und mit der Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium ab 1897, steigerte sich der Anteil der jüdischen Studierenden an den Universitäten. Ihr Anteil an den Studierenden lag dabei über jenem, den sie an der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Nach der Volkszählung 1934 waren 2,8% der österreichischen Wohnbevölkerung jüdischen Glaubens (90,4% röm.-kath. und 4,1% evangelisch AB). Mehr als ein Viertel aller ÖsterreicherInnen lebte jedoch in Wien (27,7%). Hier, im Haupteinzugsbereich der Universität Wien, lag die Verteilung allerdings deutlich anders: 9,4% der Wiener Wohnbevölkerung war jüdischen Glaubens (78,7% röm.-kath. und 5,32% evangelisch AB). Somit lebten in Wien 92% aller Angehörigen des jüdischen Glaubens Österreichs.⁴⁴

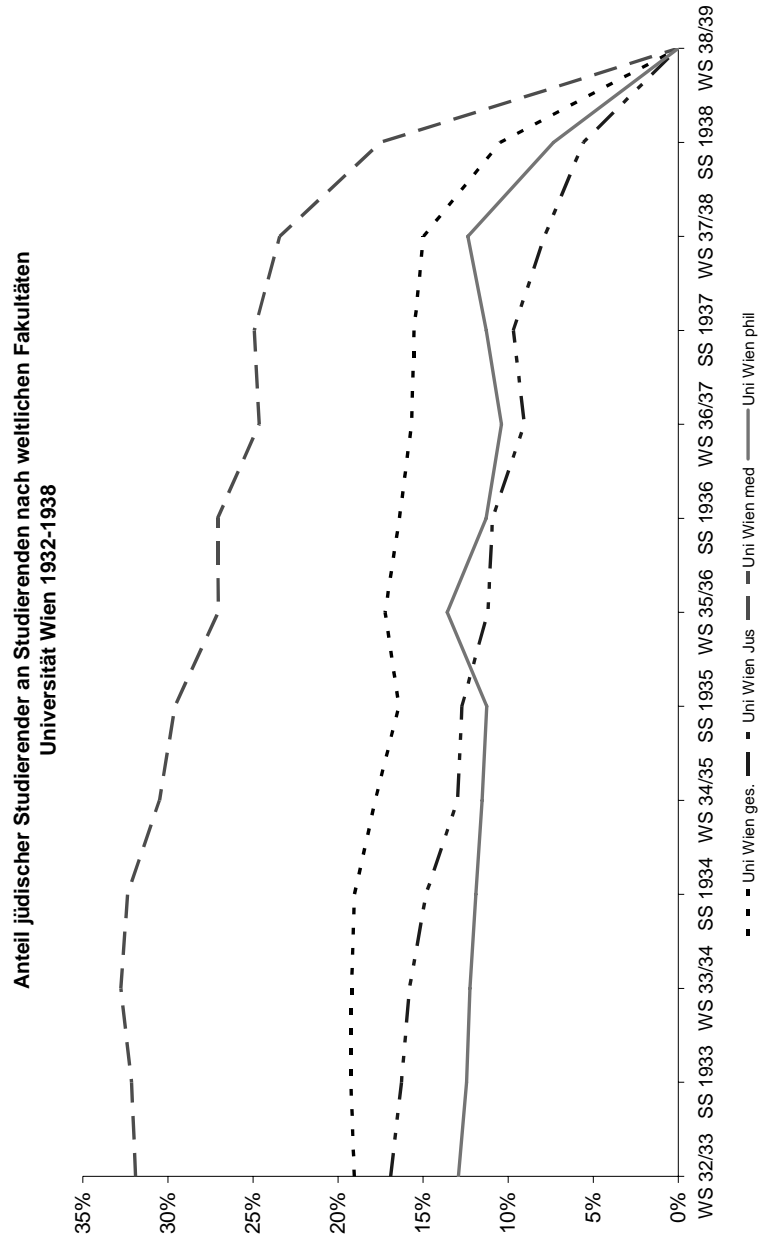
Den 2,8% an der österreichischen bzw. 9,4% an der Wiener Wohnbevölkerung stand 1934 ein Anteil von 19% an den Studierenden der Universität Wien gegenüber. Der Anteil jüdischer Studierender an der Universität Wien war traditionell sehr viel höher als an den Universitäten Graz und Innsbruck: Im Wintersemester 1932/33 z. B. um das 15- bis 20-fache! In diesem Semester haben die österreichischen Universitäten zusammen einen Anteil jüdischer Studierender von 13,5%, wobei dem 19%-Anteil jüdischer Studierender an der Universität Wien einer von 2,1% an der Universität Graz und von nur 1% in Innsbruck gegenübersteht.⁴⁵ Der Anteil nahm im Verlauf der 1930er Jahre in Wien wie in Österreich insgesamt kontinuierlich um etwa ein Viertel ab, bis er 1938 durch die gewaltsame Vertreibung im Nationalsozialismus auf 0% gebracht wurde.

Grafik 6 zeigt die Entwicklung des Anteils der jüdischen Studierenden an den Studierenden der Universität Wien nach Fakultäten und im Vergleich zu allen österreichischen Universitäten.

⁴³ Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. RGBI Nr. 142/1867, Art. 14.

⁴⁴ Eigenberechnung nach Zahlen in: StHB XV 1935, 8; Vgl. MOSER 1999.

⁴⁵ Eigene Berechnungen, vgl. Zahlen in StHB XIV 1933, 160, 196.



Grafik 6 Anteil jüdischer Studierender nach Fakultäten | Universität Wien 1932–1938

Die Verteilung auf die einzelnen Fakultäten war dabei sehr unterschiedlich. Den höchsten Anteil jüdischer Studierenden hatte in den 1930er Jahren die Medizinische Fakultät (in Wien 32,8% im Wintersemester 1933/34), vor der Juridischen (15,8%) und der Philosophischen (12,3%), wobei der Anteil an der Juridischen von Wintersemester 1934/35 bis Wintersemester 1937/38 von 13% auf 7,9% zurückging. An der Philosophischen Fakultät hingegen stieg der Anteil, gegenläufig zum sonstigen Trend, von 11,5 auf 12,4% leicht an. An den beiden theologischen Fakultäten gab es in den 1920er und 1930er Jahren keine jüdischen Studierenden. 1927 stellte der um einen Kompromiss betreffend den österreichischen Arierparagrafen im Studentenrecht bemühte ›reichsdeutsche‹ Fünferausschuss der Deutschen Studentenschaft nach einem Lokalaugenschein an der Universität Wien fest, dass an der Universität Wien 17,5% der inländischen Studierenden nach ihrer Religionszugehörigkeit jüdische HörerInnen waren und 39,4% der ausländischen, somit 23,7% aller ordentlichen HörerInnen, weshalb von einer ›Verjudung‹ der österreichischen Hochschulen im Allgemeinen nicht die Rede sein könne.⁴⁶ Dies rief heftige antisemitische Reaktionen der österreichischen Deutschen Studentenschaft hervor.⁴⁷

Auch wenn der Anteil jüdischer Studierender überproportional zum Bevölkerungsanteil lag, war er in absoluten Zahlen immer weit geringer als antisemitische Propaganda ihn bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert als Argumentationsgrundlage für die Vertreibung jüdischer Studierender von österreichischen Universitäten und Einführung eines Numerus clausus für jüdische Studierende darstellte – die Diskussion darum prägte das gewalttätige, antisemitische und antidemokratische Klima an den österreichischen Universitäten der 1920er und 1930er Jahre, besonders in Wien.

2.6 FRAUENSTUDIUM BIS 1938

Wie schon erwähnt, ist das Frauenstudium an der Universität Wien relativ spät eingeführt worden: Die erste an der Universität Wien und damit überhaupt in der österreichisch-ungarischen Monarchie promovierte Frau war 1897 die Medizinerin Gabriele POSANNER⁴⁸, die ihr Studium aber noch in der Schweiz absolviert hatte und deren Doktorat an der Universität Wien nostrifiziert wurde. Das Studium wurde zuerst 1897 an der Philosophischen Fakultät für Frauen geöffnet, 1900 an der Medizinischen und erst 1919 an der Juridischen Fakul-

⁴⁶ Der Streit (1927), 24 ff.

⁴⁷ Vgl. LICHTENBERGER-FENZ 1990, 72.

⁴⁸ Gabriele POSANNER VON EHRENTAL hatte bereits in der Schweiz promoviert. Diese Promotion wurde am 2. April 1897 an der Universität Wien nostrifiziert, womit sie als erste Frau an einer Universität der österr.-ungar. Monarchie den akademischen Titel eines Dr.med.univ. erlangte, vgl. HEINDL/TICHY 1990, 189–219.

tät.⁴⁹ Die Katholische Fakultät öffnete sich dem Frauenstudium erst, nachdem die Bundesverfassung 1945 verfügte, dass neben Vorrechten der Geburt, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses auch solche des Geschlechts ausdrücklich ausgeschlossen sind.⁵⁰

Was es für die ersten Frauen bedeutete, diese Bildungs- und damit Berufsmöglichkeit ergreifen zu können, ist in der grundlegenden Arbeit von Waltraud Heindl und Marina Tichy⁵¹ ausführlich dargelegt und wurde zuletzt auch sehr anschaulich am Beispiel einer der ersten an der Universität Wien promovierten Medizinerinnen, Margarete HILFERDING-HÖNIGSBERG⁵², beschrieben, die wie viele andere dieser ersten Akademikerinnengeneration im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurde.⁵³ Wie auch Michaela Raggam⁵⁴ ausführt, hatte die Medizinische Fakultät einen außergewöhnlich hohen Anteil jüdischer Studentinnen unter den Frauen der ersten Generation an der Universität Wien: Zwi-

⁴⁹ Die erste weibliche Studentin an der Katholisch-theologischen Fakultät in Wien war Charlotte LEITMAIER. (1910–1997), die in Wien 1933 Rechtswissenschaften studierte (Dr. jur. 1933); dann auf Grundlage einer besonderen Bewilligung des damaligen Erzbischofs von Wien, Kardinal Theodor INNITZER als erste Frau das »ordentliche« Studium in Katholischer Theologie an der Universität Wien absolvierte (1933–1936; Lehramtsprüfung aus dem Fach Religion, die Zulassung zum Doktorat der Katholischen Theologie blieb ihr aber verwehrt). Ab 1936 war sie Religionslehrerin an einem Wiener Gymnasium, wurde aber von den Nationalsozialisten außer Dienst gestellt worauf sie – als drittes Studium – Englisch und Latein studierte und mit Lehramtsprüfung in diesen Gegenständen abschloss. Neben ihrer Tätigkeit als Gymnasiallehrerin habilitierte sie sich 1948 für das Fach Kirchenrecht und war Dozentin an der Wiener Juridischen Fakultät und wurde 1964 a.o.Univ.-Prof. für Kirchenrecht und 1968 zur Ordinaria an dieser Lehrkanzel ernannt (bis zu ihrer Emeritierung 1980). Vgl. Interview mit Charlotte LEITMAIER vom 19. September 1991 in Wien, Interviewerin: Doris Ingrisch; Brigitta KEINTZEL u. Ilse KOROTIN, Hg., Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben – Werk – Wirken, Wien 2002, 460–61.

⁵⁰ Vorläufige Verfassung vom 1. Mai 1945 (BGBl. 5/1945) § 6 (1) »Der Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wird im vollen Umfange wieder hergestellt.« § 6 (2) »Vorrechte der Geburt, des Geschlechts, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen.«

⁵¹ HEINDL/TICHY 1990.

⁵² Margarethe HILFERDING-HÖNIGSBERG, geb. 20. Juni 1871, wurde am 24. September 1942 in Treblinka ermordet. Sie gehörte zu den ersten Frauen, die als ordentliche Hörerinnen an der Universität Wien Medizin studieren und zum Dr. med. univ. promovieren konnten (am 23. Dezember 1904), gemeinsam mit Friederike LUBINGER (prom. am 20. Dezember 1902, ihr wurde im Nationalsozialismus am 25. August 1939 das Doktorat entzogen), Lucia MORAWITZ (prom. am 30. März 1903), Dora TELESKY u. a. Alle früheren Promotionen zur Dr. med. univ. seit 1897 waren Nostrifikationen von Doktoraten, die an anderen, meist Schweizer Universitäten, die in Hinblick auf das Frauenstudium liberaler eingestellt waren als Österreich-Ungarn, erworben wurden.

⁵³ Eveline LIST, Mutterliebe und Geburtenkontrolle. Zwischen Psychoanalyse und Sozialismus. Die Geschichte der Margarethe Hilferding-Hönigsberg, Wien 2006, 89–101; hier wird Margarethe Hilferding irrtümlicherweise als die erste promovierte Medizinerin bezeichnet, die ihre Studien als »ordentliche Hörerin« an der Universität auch beenden konnte.

⁵⁴ RAGGAM 2000.

schen 1900 und 1914 stellten sie zwischen 51,2% und 68,3% der Studentinnen der Fakultät.⁵⁵ Zwischen 1918 und 1938 war die Frauenquote insgesamt an der Universität bereits zu einer signifikanten Größe herangewachsen: Im Wintersemester 1919/20 waren über 15% der Studierenden Frauen und der Anteil stieg kontinuierlich an, bis auf über 26% noch in der Zeit des Austrofaschismus, um dann im Wintersemester 1938/39 auf 24% abzusinken. Der Prozentsatz sinkt also relativ wenig, wenn man bedenkt, dass insgesamt in diesem Semester die Studierendenzahl stark zurückgeht, nämlich um rund 42%, also Frauen und Männer in relativ gleichem Ausmaß vertrieben wurden bzw. die Universität verlassen.

Eine unserer InterviewpartnerInnen, Else PAPPENHEIM, studierte von 1929 bis 1935 an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien. Nach ihrer Erinnerung waren rund ein Drittel der Studierenden damals Frauen, und sie betont auch den hohen Anteil an ausländischen Studentinnen an der Fakultät,⁵⁶ der in der Literatur oft mit dem international immer noch guten Ruf der Wiener Medizinischen Fakultät begründet wird. Viele der ausländischen Studentinnen kamen aus den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie. In der Forschungsliteratur wird öfter auch darauf verwiesen, dass es an der Universität Wien eine größere Gruppe amerikanisch-jüdischer Studentinnen gab. Der Hinweis, dass sie so einem damals in den USA bestehenden Numerus clausus für Frauen sowie Jüdinnen und Juden auswichen⁵⁷, konnte quellenmäßig vorerst nicht nachvollzogen bzw. verifiziert werden.

An der Juridischen Fakultät war der Frauenanteil sehr gering, obwohl bzw. weil sich diese Fakultät als die Ausbildungsstätte des höheren Beamtentums sah und versucht wurde, Frauen davon fernzuhalten. Inwieweit es eine negative Rückkoppelung der Verdrängung der Frauen aus dem staatlichen Sektor und dem geringen Andrang von Frauen zum Jusstudium gab, konnte nicht in Zahlen ermittelt werden. Aber die Vermutung, dass vom »Doppelverdiener« bzw.

⁵⁵ HEINDL/TICHY 1990, 139f., die Zuordnung erfolgt in dieser Studie anhand der Angabe des Religionsbekenntnisses im Nationale – Studentinnen aus jüdischem Elternhaus mit anderer oder keiner Konfession aus zumeist jüdisch-liberalem Milieu sind dabei nicht mitberücksichtigt.

⁵⁶ Interview mit Else PAPPENHEIM-FRISHAUF am 16. Oktober 2002 in Wien, Interviewer: Werner Lausecker und Herbert Posch. Im Wintersemester 1923/24 stammten 18% der Studentinnen an der Philosophischen Fakultät und 33,2% der Studentinnen an der Medizinischen Fakultät aus den Ländern der ehemaligen Monarchie. Besonders bemerkenswert war der hohe Anteil der Galizierinnen mosaischer Konfession unter den Medizinstudentinnen. Vgl. HEINDL/TICHY 1990, 140–142.

⁵⁷ Z. B.: Michaela Raggam zitiert eine Zeitzeugin Edith Hopper – der Name wurde auf ihren Wunsch geändert –, die sich im Gespräch an eine Gruppe amerikanisch-jüdischer Studenten erinnerte, die zum Medizinstudium nach Wien gekommen wären, da es in den USA noch einen Numerus clausus für Juden gab. RAGGAM 2000.

»Beamtinnenabbaugesetz« 1933⁵⁸ ein negativer Impuls ausging ist sehr naheliegend: Verheiratet und eine Frau zu sein wurde damit als Kündigungsgrund für Beamtinnen gesetzlich verankert. Für die StudentInnen bedeutete dies, dass sie ihre berufliche Ausbildung und die damit – theoretisch – erlangbaren Positionen und Rechte verlieren, sobald sie heiraten würden (dies galt für Bund, Länder, Gemeinden, und staatlich verwaltete Unternehmen wie Bundesbahn und Tabakregie, und auch das Zusammenleben ohne Trauschein wurde dem gleichgestellt und stellte einen Kündigungsgrund dar). Damit war einer der wichtigsten potenziellen Arbeitsmärkte dieser Jahre für Frauen verschlossen worden.

2.7 AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE

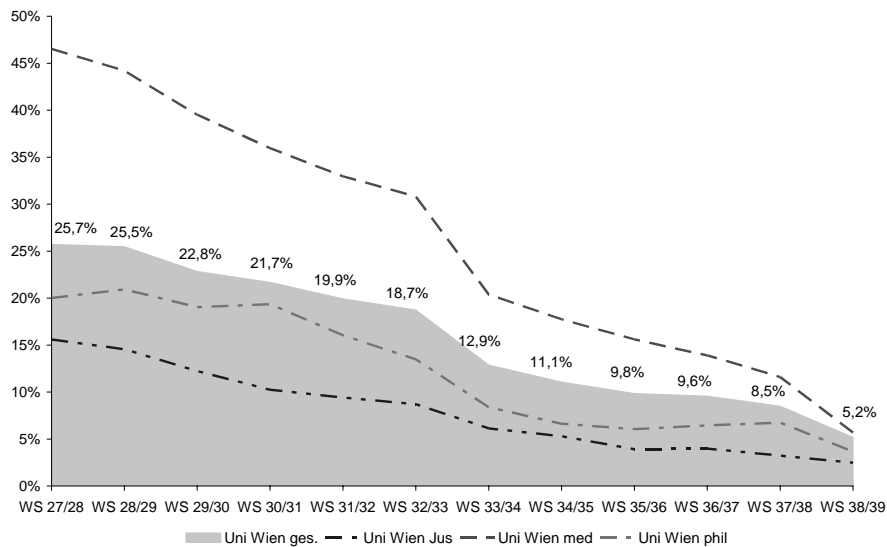
Als ausländische Studierende galten jene Studierenden, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen und die, auch falls in Österreich geboren, nicht nach Österreich heimatberechtigt⁵⁹ waren. Der Rückgang der ausländischen Studierenden an den Universitäten ist in der Zwischenkriegszeit sehr stark. Der Anteil beträgt an den österreichischen Universitäten in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg bis 1924 rund ein Drittel und sinkt dann bis 1937/38 auf ein Achtel der Studierenden. Wobei die Verteilung auf die einzelnen Fakultäten sehr unterschiedlich war: Mitte der 1920er Jahre lag der Anteil der AusländerInnen an der kleinen Evangelisch-Theologischen Fakultät mit 60 bis 80% am höchsten, gefolgt von der großen Medizinischen mit 45 bis 55%,

⁵⁸ »Verordnung der Bundesregierung vom 15. Dezember 1933 über den Abbau weiblicher verheirateter Personen im Bundesdienste und andere dienstrechtliche Maßnahmen« (BGBl. 545/1933), S. 1464–1466.

⁵⁹ »Heimatberechtigung« war ein politisches Steuerungsinstrument und eine Barriere für die Integration einwandernder Männer und Frauen schon in der Habsburgermonarchie. Nur in der Heimatgemeinde genossen BürgerInnen ein garantiertes Aufenthaltsrecht und den Anspruch auf Armenfürsorge. Erst ab 1901 konnte man nach zehnjährigem Aufenthalt in einer Gemeinde einen Anspruch auf Heimatberechtigung erwerben. 1918 galt in der Republik Deutsch-Österreich aufgrund des Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 5. Dezember 1918 alle jene als BürgerInnen, die in einer deutschösterreichischen Gemeinde heimatberechtigt waren, unabhängig davon, wo sie vor dem Krieg gelebt hatten – außer sie optierten freiwillig für die Staatsbürgerschaft des anderen Nachfolgestaaten, in dem sie sich aufhielten. So wurden viele vor dem Weltkrieg Zugewanderte zu Ausländern. Der Friedensvertrag von St. Germain legte 1919 auf österreichischen Wunsch die Heimatberechtigung anstelle des Wohnsitzes als Voraussetzung für automatischen Erwerb der Staatsbürgerschaft fest. Personen, die in einem anderen Nachfolgestaat der ehemaligen Habsburgermonarchie heimatberechtigt waren, konnten, wenn sie »dort nach Rasse und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden sind« UND »wenn sie nach Rasse und Sprache zur deutschen Mehrheit der Bevölkerung Österreichs gehören«, innerhalb eines halben Jahres für die österreichische Staatsbürgerschaft optieren: Damit wird offensichtlich, dass dies vor allem gegen den Staatsbürgerschaftserwerb jüdischer Flüchtlinge aus dem Osten der ehemaligen Monarchie gerichtet war, von denen damals etwa 30.000 in Wien lebten. Vgl. Rainer BAUBÖCK, »Nach Rasse und Sprache verschieden«. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute, Wien 1996, 3f.

der kleinen Katholisch-Theologischen mit 30%, der großen Philosophischen Fakultät mit 20 bis 25% und der mittleren Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät mit 20% am niedrigsten.⁶⁰

Jene ausländischen Studierenden, die selbst oder deren Eltern ihren Wohnsitz und Erwerb in Österreich nachweisen konnten oder »sonst berücksichtigungswert sind«, wurden den Studierenden mit österreichischer Staatsbürgerschaft bei den Gebühren gleichgestellt (alle anderen mussten die dreifachen Gebühren bezahlen, wobei im Verhältnis zu Universitäten im Ausland die Studiengebühren in Österreich sehr nieder und ein wichtiger Pull-Faktor für ausländische Studierende waren): Im Wintersemester 1923/24 studierten an den drei österreichischen Universitäten 31% ausländische HörerInnen, insgesamt 4.319 Personen, von denen wiederum fast ein Drittel, 1.282, nur Inlandsgebühren zahlen mussten.⁶¹



Grafik 7 Anteil ausländischer Studierender | Universität Wien und die einzelnen Fakultäten 1927/28–1938/39

Der AusländerInnenanteil war in der Zwischenkriegszeit, nach einem kurzen Hoch unmittelbar nach Kriegsende, generell rückläufig. Der Rückgang an der Universität Wien – zwar größte Universität Österreichs, aber mit vergleichswei-

⁶⁰ Vgl. UNIVERSITÄT WIEN, Hg., Bericht über das Studienjahr 1925/26, erstattet vom Rektor Prof. Karl Luick, Wien 1926, 6.

⁶¹ Vgl. Statistische Nachrichten 3 (1925), 190.

se geringer Internationalität gemessen am Anteil ausländischer Studierender – ist dabei überproportional groß: Sie hat zwar in absoluten Zahlen die meisten ausländischen Studierenden in der Zwischenkriegszeit, der prozentuelle Anteil ausländischer Studierender an der Gesamtzahl der Studierenden liegt allerdings hinter den Universitäten Innsbruck und Graz. So hat die Universität Wien etwa im Wintersemester 1932/33 mit 2.408 Personen einen Anteil von 18,7% ausländischer Studierender im Vergleich zu 26% ausländischen Studierenden an allen Hochschulen zusammen, aber umgekehrt sind das 35,7% aller in Österreich studierenden AusländerInnen. 48% aller ausländischen Studierenden stammten in diesem Semester aus Deutschland, 9% aus Polen, 8% aus der Tschechoslowakei und je 6% aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und den USA. Der höchste Anteil ausländischer Studierender an der Universität Wien wird im Studienjahr 1927/28 mit 25,7% (Wintersemester 1927/28, 2.713 Personen) bzw. 32,1% (Sommersemester 1928, 3.220 Personen) erreicht, danach gibt es eine Abwärtstendenz bis zum Wintersemester 1932/33 auf 18,7%.

Ab 1923/24 sinkt der AusländerInnenanteil stark, da weit weniger Studierende der anderen Nachfolgestaaten aus politischen, aber auch praktischen Gründen ihr Studium in Wien absolvieren wollten: Die hier gemachten Prüfungen wurden im Heimatland nicht oder nur teilweise anerkannt. Im Austrofaschismus kommt es dann ab 1933/34 zu einem sehr starken Rückgang. Gab es im Sommersemester 1933 an allen österreichischen Hochschulen 6.379 ausländische Studierende (davon 3.082 oder 48,3% aus dem Deutschen Reich), wovon 2.455 an der Universität Wien studierten (1.039 oder 42% aus dem Deutschen Reich), waren es im Sommersemester 1934 nur noch insgesamt 3.235 an allen österreichischen Hochschulen bzw. 1.343 an der Universität Wien (davon nur noch 215 oder 16% aus dem Deutschen Reich) – ein Rückgang der ausländischen Studierenden um 46%, der Studierenden aus Deutschland sogar um fast 80% innerhalb eines Jahres. Ein Rückgang, der neben der starken Erhöhung der Studiengebühren auch auf die politischen Entwicklungen im austrofaschistischen Österreich und im nationalsozialistischen Deutschen Reich zurückzuführen ist, nicht zuletzt auf die 1933 verhängte ›1.000-Mark-Sperre⁶² und andere devisenrechtliche Bestimmungen. Aber auch nach deren Aufhebung im Juliabkommen 1936 erhöhte sich die Zahl deutscher Studierender bis 1938 nicht mehr signifikant.

2.8 VEREULENDUNG DER STUDIERENDEN

Die ökonomische Lage vieler Studierender der Ersten Republik war erschreckend. Auch in der Weimarer Republik konstatierte die Zeitschrift ›Soziale

⁶² Deutsche StaatsbürgerInnen mussten vor Antritt einer Reise nach Österreich eine Reisegebühr von 1.000 Reichsmark zahlen, um das tourismusabhängige Österreich ökonomisch zu sanktionieren.

Praxis« 1932, »dass 80% aller Studenten in der Lebenshaltung weit hinter dem ungelernten Arbeiter von 19 bis 21 Jahren stehen.«⁶³ Auch die Wohnsituation in Wien war für die nach 1918 stark gestiegene Zahl der Studierenden katastrophal. Im Vergleich zur Vorkriegszeit (Volkszählung 1910) hat sich die Wohnbevölkerung Wiens 1921 zwar um 9,4% verringert, aber die Anzahl der Wohnparteien um 8,1% vermehrt – was paradox klingt, sich aber aus der Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung erklärt. Durch die Geburtenausfälle hatte sich die Bevölkerungsgruppe der unter 20-Jährigen, also diejenigen ohne eigene Wohnung, in Wien um 25,8% reduziert, die Gruppe der über 20-Jährigen aber nur um 0,7%.⁶⁴ Diese Verschiebung und der Rückgang der Bautätigkeit in Wien führten zu einer Wohnungsnot, die die Gruppe der Studierenden besonders stark traf. Die schwierige Lebensmittelversorgung Wiens bis Mitte der 1920er Jahre führte bei den Studierenden zu weiteren Problemen. Zum Vergleich: Rund ein Drittel bis die Hälfte der »reichsdeutschen« Studierenden war 1918/19 unterernährt, und noch 1927/28 ergab dort eine reichsweite Stichprobe 15% unterernährte Studierende. Dies führte auch zu erhöhter Krankheitsanfälligkeit, etwa zu viermal mehr tuberkulösen Erkrankungen unter Studierenden im Vergleich zu gleichaltrigen Jungarbeitern im Deutschen Reich.⁶⁵ Zwar besserten sich in Deutschland wie auch in Österreich die Wirtschaftsdaten bis Mitte der 1920er Jahre, doch wurde die Mehrheit dieser Studierendengenerationen dann wieder voll von der Weltwirtschaftskrise 1929 erfasst, sodass für einen Gutteil der Studierenden die Verelendung chronisch wurde. Als Gegenmaßnahmen versuchten die Deutsche Studentenschaft wie auch die Universität Wien gegenzusteuern – mit mäßigem Erfolg: Der Bedarf an Stipendien, Wohnheimen, Mensen und kostenlosen Krankenuntersuchungen war weit größer als die Möglichkeiten der unterstützenden Organisationen.

Die Universität Wien besaß in der Ersten Republik weder eigenes Vermögen noch eigenständige Einkünfte. Das Vermögen aus früher bestehenden Stiftungen war durch die Geldentwertung der Nachkriegsinflation wertlos geworden. Die Universität war vollkommen von staatlicher Finanzierung, die in den ersten Nachkriegsjahren eher krisenhaft war, abhängig bzw. von ausländischen Hilfeleistungen. Die Dotation erreichte 1925 umgerechnet gerade einmal ein Viertel der Vorkriegsdotation,⁶⁶ den Verlust an Kaufkraft noch nicht eingerechnet. Oft finden sich folgende und ähnliche Formulierungen in den Rektoratsberichten der Zwischenkriegszeit, in denen Kanzler und Minister höflicherweise zugestanden wurde, dass sie »mit bestem Willen bemüht waren, die Universität zu

⁶³ G. KAISER, Zum Problem der Überfüllung der akademischen Berufe, in: Soziale Praxis, 41 (1932), 1588–1595, zit. n. JARAUSCH 1998, 142.

⁶⁴ Vgl. Mitteilungen der Statistischen Zentralkommission Nr. 6, 1921, 33.

⁶⁵ Vgl. JARAUSCH 1998, 142.

⁶⁶ UNIVERSITÄT WIEN, Hg., Bericht über das Studienjahr 1925/26, erstattet vom Rektor Prof. Karl Luick, Wien 1926, 7.

fördern. Leider blieb ihr Können weit hinter ihren Absichten zurück.«⁶⁷ Die Ansätze im Haushaltsplan waren schon bei den Regierungen Anfang des 20. Jahrhunderts zu niedrig angesetzt gewesen und mussten durch Nachtragsfinanzierungen oft um ein Mehrfaches ergänzt werden. Auch mehrere Denkschriften der Rektoren aller Hochschulen, wie jene von 1925, änderten daran nur wenig.

Die Erträge der Stipendienstiftungen an der Universität Wien waren durch die Geldentwertung vernichtet, selbst nach Zusammenlegung der Stiftungen konnten Studierende nur vereinzelt geringfügige Beträge erhalten. 1925 umfassten die 141 in der Verwaltung der Universität befindlichen Stiftungen und Stipendienfonds ein Vermögen von zusammen 8.212,17 Schilling.⁶⁸ PrivatsponsorInnen spendeten zwar der Universität immer wieder für ihre Studierenden, oft aber mit einer Zweckwidmung, die festlegte, dass die Unterstützung keinen jüdischen Studierenden zukommen durfte.⁶⁹ Lediglich das gesetzlich für Wohlfahrtseinrichtungen gewidmete Drittel der von den Studierenden zusätzlich zum Kolleggeld zu bezahlenden Auditoriumsgelder, die nach 1918 neu eingeführt und von den Fakultäten verwaltet wurden, konnte einigen Einrichtungen für Studierende zugutekommen. 1925 wurden dann 10% dieses Drittels als zentraler Fürsorgefonds im Rektorat zusammengefasst und um regelmäßige Spenden von Professoren erweitert.

Eine nahe liegende und vorerst erfolgreiche Form studentischer Selbsthilfe war das Werkstudententum als Finanzierung des Studiums durch gleichzeitige Berufstätigkeit. In Deutschland stieg die Zahl der erwerbstätigen Studierenden von 10% im Jahr 1920 auf 53% im Jahr 1923. Dies war aber kein effizientes Mittel mehr in Zeiten zunehmender Massenarbeitslosigkeit aufgrund der Weltwirtschaftskrise. In den Jahren nach 1929 sank der Anteil der Werkstudierenden wieder unter 10% – nicht aufgrund verbesserter Bedingungen für Studierende, sondern aufgrund des Mangels an bezahlter Arbeit insgesamt. Denn die Werkstudenten verdienten längst nicht mehr nur mit typischen Tätigkeiten wie Nachhilfestunden und Büroarbeit ihr Studium, sondern zu zwei Dritteln mit industrieller Schwerarbeit. Auch wurde die Vereinbarkeit von Studium und Lohnarbeit nach anfänglicher Glorifizierung eher kritisch hinterfragt, da das Studium sich vielfach auf den Abend reduzieren musste. Zum Vergleich: Die

⁶⁷ UNIVERSITÄT WIEN, Hg., Bericht über das Studienjahr 1921/22, erstattet vom Rektor Prof. Gustav Riehl, Wien 1922, 8.

⁶⁸ UNIVERSITÄT WIEN, Hg., Bericht über das Studienjahr 1924/25, erstattet vom Rektor Prof. Hans Sperl, Wien 1925, 13.

⁶⁹ So spendeten 1924 ein Herr REUTER namens mehrerer Einwohner von Hadersdorf-Weidlingau 402.000 Kronen (entspricht 2003 etwa 142 €) »für notleidende arische Studenten«, eine Herta SCHULDA aus Wien 500.000 Kronen (entspricht 2003 etwa 178 €) »für arische Studenten«, oder die »Frau Maria Liebl-Stiftung« 5.040.000 Kronen (entspricht 2003 etwa 1.790,- €) »für 10 arme christliche österreichische Juristen zur Deckung der Prüfungs- und Promotionstaxen«. Vgl. Rektoratsbericht über Studienjahr 1923/24, 13.

deutsche Rektorenkonferenz begrenzte daher die zulässige tägliche Lohnarbeitszeit für Studierende auf vier Stunden, woraufhin viele »Abendstudenten« ihr Studium ganz aufgeben mussten.⁷⁰ Für Österreich kann eine analoge Entwicklung angenommen werden, jedoch fehlen hier genaue Zahlen.

Während in Deutschland 1920 bis 1930 der Reichstag Unterstützungsbeiträge für Studierende in den Haushaltsplan aufnahm und auch ausschüttete – auch wenn hiervon nur rund ein Zehntel aller Studierenden erreicht wurden –, gab es in Österreich keine staatlich geregelten Stipendien oder planmäßigen staatlichen Zuschüsse für die Studierenden, dafür aber eine eher großzügige Regelung bei Gebührenbefreiungen oder -ermäßigungen.

Die sozioökonomische Gefährdung der Studierenden in den 1920er Jahren erschwerte auch die Lösung des Verfassungskonfliktes der Studentenschaft, in dem sich zunehmend – trotz der Zwischenlösung der Göttinger Notverfassung 1922⁷¹ – Anfang 1924 das völkisch-nationale Prinzip durchsetzte: Vertretung nur für »deutsch-arische« Studierende unter Ausschluss von Juden und Jüdinnen, SozialistInnen und Liberalen. Nach dem Wahlsieg der NSDAP im Deutschen Reich 1930 kam es im Juli 1931 am 14. Deutschen Studententag in Graz zur Wahl des Nationalsozialisten Walter LIENAU⁷² zum Ersten Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft, mit zwei Stellvertretern, von denen einer ebenfalls dem NSDStB und der andere dem CV angehörte. Somit war die Organisation der Deutschen Studentenschaft, eineinhalb Jahre vor der Machtergreifung Hitlers in Deutschland, bereits fest in der Hand der Nationalsozialisten. Der erst 1926 gegründete NSDStB, seit 1928 unter der Leitung des großbürgerlichen Germanistikstudenten und späteren Gauleiters und Reichsstatthalters von Wien Baldur von SCHIERACH, musste in den Anfangsjahren einige parteiinterne Linienkämpfe ausfechten und versuchen, die starke Konkurrenz der schlagenden Burschenschaftler zu brechen, was in häufigem Wechsel von Rivalität und Einbindung geschah. Der NSDStB wurde in nur fünf Jahren zur stärksten politischen Kraft unter den Studierenden (36,1% der Stimmen 1931), teilweise

⁷⁰ Vgl. JARAUSCH 1998, 144.

⁷¹ Der deutsche Studententag in Göttingen 1920 und jener in Erlangen 1921 verankerten je gegensätzliche Bestimmungen darüber, wer Mitglied der Deutschen Studentenschaft sein könne: erst alle Studierenden mit deutscher Staatsangehörigkeit, dann alle Studierenden die »deutsch« im Sinne eines »rassisch-arischen« Prinzips seien, egal welcher Staatsangehörigkeit und unter Ausschluss aller »nichtarischen« Studierenden, auch wenn sie deutsche Staatsangehörige waren. Die »Göttinger Notverfassung« von 1922 legte als Kompromiss fest (§ 2), dass alle Studierenden mit reichsdeutscher Staatsangehörigkeit Mitglieder sind und dass auf Antrag auch folgende Studierende Mitglieder werden könnten: ehemalige (vor dem 11. November 1918) deutsche Staatsangehörige, österreichische Staatsangehörige und »auslandsdeutsche Studierende (...) ohne Unterschied der Rasse und des Bekenntnisses«.

⁷² Walter LIENAU (1906–1941), vgl. Michael GRÜTTNER, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004.

sogar mit absoluter Mehrheit⁷³ – Resultat u. a. einer intensiven und professionellen Propaganda, uniformierten Auftretens, tausender Flugblätter und zahlreicher Großkundgebungen sowie Gewalt und physischer Einschüchterung Andersdenkender, mit einer intensiven Kampagne für einen Numerus clausus für jüdische Studierende 1928 bis 1930, mit Vorlesungsboykotts prorepublikanischer, pazifistischer oder jüdischer DozentInnen. Im Frühjahr 1932 kam es dann zum Bruch zwischen dem erfolgreichen NSDStB und dem CV und den schlagenden Verbindungen, die beide aus dem Deutschen Studentenbund austraten.

Mit der Machtergreifung Hitlers im Deutschen Reich und der Ausschaltung der Demokratie in Österreich durch Bundeskanzler DOLLFUß 1933 trennten sich die Parallelentwicklungen im Deutschen Reich und in Österreich scheinbar gründlich.

Die Situation änderte sich, als die Regierung DOLLFUß, seit 1932 im Amt, am 4. März 1933 den Rücktritt aller drei Nationalratspräsidenten nutzte, um das Parlament auszuschalten und mit dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz zu regieren. Nachdem im Februar 1934 die Arbeiterbewegung mit Waffengewalt aus dem politischen Leben ausgeschlossen wurde, verkündete DOLLFUß am 1. Mai 1934 die »ständestaatliche« Verfassung. Am 19. Juni 1933 wurde die NSDAP, die kurz zuvor im Deutschen Reich legal die Macht übernommen hatte, in Österreich verboten. Zur Schlichtung der darauf folgenden Unruhen an den Universitäten und Hochschulen wurde ein Legitimationszwang an den Universitäten eingeführt, da man von der Annahme ausging, dass es sich bei den Anstiftern der Ausschreitung um universitätsfremde Personen handle (was in einigen Fällen zutraf, wo sich Studierende der Technischen Hochschule als Agitatoren an der Universität Wien betätigten, allerdings mit heftiger Unterstützung der Studierenden der Universität Wien).

2.9 AUSTROFASCHISMUS: STAATLICHE INTERVENTIONEN IN DIE UNIVERSITÄT UND IN DIE VERTRETUNG DER STUDIERENDEN

Waren bisher antidemokratische Tendenzen dominant, die bei Professoren und Studierenden, also innerhalb des universitären Betriebes (mit Duldung und Unterstützung von außen) ihren Ursprung hatten, so kamen Eingriffe in der Zeit des Austrofaschismus vom autoritären »Ständestaat«, von außen (im Sinne einer »gesinnungsstaatlichen Hochschulreform«⁷⁴) an die Universitäten. Dies bedeutete nicht mehr nur indirekten, sondern nunmehr direkten Eingriff des

⁷³ Hochschule für Welthandel in Wien und Hochschule für Bodenkultur in Wien.

⁷⁴ Vgl. SCHELISKY 1971, 122f.

Staates in die Universität, mit dem Ziel der Einschränkung der Autonomie der Institution. Die Polizei durfte Universitätsgelände betreten, eine Polizeiwachstube wurde in der Universität eingerichtet,⁷⁵ die Ausschreitungen gegenüber jüdischen Studierenden gingen merkbar zurück.

Auf Seiten der studentischen Vertretung kam es zu einer großen Veränderung: Nachdem der NSDStB in der Deutschen Studentenschaft 1931 an allen Wiener Hochschulen zur stärksten Fraktion gewählt worden war und auch den Vorsitzenden stellte, waren die Studierenden damit eine der ersten gesellschaftlichen Gruppen, in denen der Nationalsozialismus auf demokratischem Wege die politische Hegemonie erringen konnte.⁷⁶ Zeitgleich wurde die Gleispach'sche Studentenordnung vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, und die ohnehin schon zahlreichen Ausschreitungen gegen jüdische und linke Studierende verschärften sich in Anzahl und Heftigkeit noch weiter. Innerhalb der Deutschen Studentenschaft wurden unter der nationalsozialistischen Führung die schon länger andauernden Spannungen zwischen den katholischen und deutschnationalen Studierenden immer größer. Nachdem am 3. Dezember 1932 Mitglieder des NSDStB nicht wie sonst jüdische, sondern diesmal katholische Studenten überfallen und misshandelt hatten, verließ die katholisch-deutsche Hochschülerschaft die Deutsche Studentenschaft. Nach dem 26. Juli 1933 wurde infolge weiterer schwerer Ausschreitungen zwischen nationalsozialistischen und katholischen Studierenden per Erlass des Unterrichtsministeriums die nationalsozialistisch geführte Deutsche Studentenschaft in Österreich aufgelöst. Am 1. Oktober 1933 wurden staatlich bestellte, nicht gewählte »Sachwalter« als studentische Vertretungsorgane eingesetzt: Erster Sachwalter für Gesamtösterreich wurde Heinrich DRIMMEL, für die Universität Wien Josef KLAUS.⁷⁷ Der damalige Jusstudent hatte sich bereits rund um die Ernennung des Pharmakologen Ernst Peter PICK⁷⁸ zum Dekan der Medizinischen Fakultät 1932⁷⁹ als Studentenvertreter »profilert«. Gemeinsam mit anderen forderte er PICK in einem offenen Brief auf, das Amt nicht anzutreten, da es ihm als »Juden« seiner Meinung nach nicht zustehe, deutsch-christlichen Studierenden vorzustehen: »*Offener Brief der Leitung der Deutschen Studentenschaft an Herrn Prof. Dr. PICK! Die Deutsche Studentenschaft nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß Sie wider Erwarten ihre Wahl zum Dekan der medizinischen Fakultät angenommen*

⁷⁵ GALL 1965b, 90 f.

⁷⁶ Vgl. dazu GRÜTTNER 1995, 11.

⁷⁷ Vgl. LICHTENBERGER-FENZ 1992; KLAMPER 1988, 184.

⁷⁸ Ernst Peter PICK (1872–1960), Pharmakologe und medizinischer Chemiker, 1911 tit. ao., 1912 ao. Professor, 1924–1938 Ordinarius für Pharmakologie an der Universität Wien, 1932/33 Dekan der Medizinischen Fakultät, 1938 emigriert er nach New York.

⁷⁹ Michael HUBENSTORF, Medizinische Fakultät 1938–1945, in: Gernot Heiß u. a., Hg., Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945, Wien 1989, 233–282, hier: 234f., 239.

haben. Nach wie vor steht die D.St. auf ihrem 1923 kundgetanen Standpunkt, daß Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit akademische Würdenstellen nicht bekleiden dürfen. Wollen Sie bedenken, daß Sie sich an einer deutschen Hochschule befinden und daß die deutschen Studenten als ihre Führer nur deutsche Lehrer anerkennen! Schon im Interesse eines ordnungsgemäßen Lehrbetriebes hoffen wir auf Ihre Einsicht, gez. Gerhard KURKA, Robert EHRLICH, Josef KLAUS.»⁸⁰

Die »ständestaatliche« Sachwalterschaft der Österreichischen Hochschülerschaft wurde in die Vaterländische Front integriert, streng hierarchisch nach dem Führerprinzip organisiert.⁸¹ Alle studentischen Vertretungsansprüche gingen an sie über. Der NSDStB und alle sozialistischen und kommunistischen StudentInnengruppen wurden verboten. Während Letztere nur im Untergrund weiterarbeiten konnten,⁸² konnten sich die verbotenen nationalsozialistischen Studierendenorganisationen durch ihre Integration in die nationalen Korporationen bald wieder an der Universität frei bewegen und trotz Illegalität den »Anschluß« vorbereiten: Mit nationalsozialistischen Schulungen, Schießkursen und Wehrübungen.⁸³ Seitens des Austrofaschismus war der Cartellverband (CV) der zentrale Bündnispartner und personelles Rekrutierungsfeld.⁸⁴

Der autoritäre »Ständestaat« versuchte die Studierenden mit Hilfe des »Hochschulerziehungsgesetzes« von 1935 zu disziplinieren und die Universität zur politischen Erziehungsanstalt umzufunktionieren. Neben Forschung und Lehre wurde die »vaterländische Erziehung« zur gleichrangigen Aufgabe der Universität: »§ 1: Den wissenschaftlichen Hochschulen obliegt außer der Pflege der Forschung und Lehre auch die Erziehung zu sittlichen Persönlichkeiten im Geiste vaterländischer Gemeinschaft.«⁸⁵ Als Mittel dazu bestimmte das Gesetz neben den verpflichtend eingeführten »ständestaatlichen« Pflichtvorlesungen die Teilnahme an vormilitärischen Übungen und die Ableistung einer Schuldienstzeit im Hochschullager.⁸⁶ An der Universität Wien wurde eine der »ständestaatlichen« Pflichtvorlesungen (zur »weltanschaulichen und staatsbürgerlichen Erziehung« und »über die ideellen und geschichtlichen Grundlagen« Österreichs) von Heinrich KRETSCHMAYR, einem illegalen Nationalsozialisten, gehalten –

⁸⁰ Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA) Unterricht ZI. 20.378 aus 1932 (Polizeiberichte), zit. n. HUBENSTORF 1989.

⁸¹ Vgl. PREGLAU-HÄMMERLE 1986, 162.

⁸² Vgl. SPEISER 1986.

⁸³ Albert MASSICZEK, Die Situation an der Universität Wien März/April 1938, in: Wien 1938, Wien 1978, 216–229, hier: 218.

⁸⁴ Marina FISCHER-KOWALSKI u. Hermann STRASSER, Hg., Gesellschaftliche Entwicklung und Hochschulreform in Österreich, I. Eine soziologische Analyse der Veränderungen im Hochschulsektor seit dem zweiten Weltkrieg, Wien 1974, 16.

⁸⁵ Bundesgesetz betreffend die Erziehungsaufgabe der Hochschulen (Hochschulerziehungsgesetz) vom 1. Juli 1935 (BGBl. 267/1935), § 1.

⁸⁶ Ebd., § 2.

wohl mit ein Grund, dass deren Absolvierung an der pronazistischen Einstellung vieler Studierender nichts änderte.

Auf Seiten der Professoren wurde mithilfe des sogenannten »Beamtenabbaugeetzes« von 1933 Universitätspolitik durch Personalpolitik gemacht: Politisch und weltanschaulich unliebsame Persönlichkeiten wurden »abgebaut« (im Vergleich zu den Vertreibungen durch den Nationalsozialismus vier Jahre später waren hier »nur« zwölf Professoren an allen österreichischen Universitäten betroffen – zehn nationale bzw. nationalsozialistische, zwei liberale und ein sozialdemokratischer)⁸⁷. Auf all diese Maßnahmen erfolgte kein Protest der Hochschulen; die Professoren beriefen sich nicht auf die Autonomie der Universität, obwohl auch die »ständestaatliche« Verfassung von 1934 die Freiheit der Wissenschaft (Art. 31/2) garantierte, und verhielten sich »passiv«. Die österreichischen Hochschulen waren bereit, in Fortsetzung vorhandener völkischer und deutschnationaler Traditionen, sich auch im Austrofaschismus mit dem nationalsozialistischen Deutschland unter Hitler zu identifizieren: Anlässlich der Besetzung des Saarlandes durch deutsche Truppen 1935 demonstriert die Rektorenkonferenz ihre Freude darüber in einer gemeinsamen Note, die dem deutschen Gesandten in Wien namens aller österreichischen Hochschulen übergeben wurde: »Der Versuch das deutsche Saarland seinem Volkstum zu entfremden und vom Reich zu trennen, ist fehlgeschlagen. Er scheiterte an dem Empfinden der Bevölkerung, mit den Brüdern im Reich durch Bande der Sprache, des Blutes und der Kultur für immer zu einer Schicksalsgemeinschaft verknüpft zu sein, er scheiterte an ihrer Liebe zu den Volksgenossen. Mit wärmster Anteilnahme haben die österreichischen Hochschulen den Kampf verfolgt, der mit dem Sieg deutscher Treue einen so erhebenden und beglückenden Abschluß gefunden hat.«⁸⁸ Dies schon ein Jahr vor dem Juliabkommen 1936 zwischen dem austrofaschistischen Österreich und dem Deutschen Reich (in dem Österreich als »zweiter deutscher Staat« definiert wurde, NS-Vertreter in die österreichische Regierung aufgenommen und bald darauf vormals verurteilte »illegale« Nationalsozialisten amnestiert wurden). Friedrich HEER verweist auch darauf, dass 1936 Historiker und Geisteswissenschaftler »eine Prominenz, einzig dastehend in Österreich« den Sammelband »Österreich – Erbe und Sendung im deutschen Raum« veröffentlichten, der »die deutsche studentische Jugend in Österreich warnen (will), sich nicht auf die Versuche der Regierung einzulassen, ein spezifisches »Österreich-Bewußtsein« zu schaffen.«⁸⁹

⁸⁷ WEINZIERL 1981, 79.

⁸⁸ Zit. n. Elisabeth KLAMPER, Die Akademie der Bildenden Künste 1918 bis 1938. Ein Exkurs, in: Hans Seiger, Michael Lunardi u. Peter Josef Populorum, Hg., Im Reich der Kunst. Die Wiener Akademie der bildenden Künste und die faschistische Kunstpolitik, Wien 1990, 5–64, hier: 16.

⁸⁹ HEER 1981, 379, zit. n. PREGLAU-HÄMMERLE 1986, 163.

Das Berchtesgadener Treffen zwischen HITLER und SCHUSCHNIGG am 12. Februar 1938 führte an der Universität Wien zu offen nationalsozialistischen Kundgebungen, Massen von Studierenden füllten, die Hand zum Hitlergruß erhoben, die Rampe der Universität Wien an der Ringstraße. Arthur SEYß-INQUART konnte stolz darauf verweisen, dass »im Kampf um Volk und Reich (...) auch der deutsche Student der Ostmark seine Pflicht erfüllt hatte«.⁹⁰

Die im Austrofaschismus von den Universitäten relegierten nationalsozialistischen Studierenden wurden sofort nach dem »Anschluß« ehrenvoll und als »Helden der Bewegung« wieder an der Universität aufgenommen.⁹¹

⁹⁰ Zit. n. KLAMPER 1988, 185.

⁹¹ UA RA GZ 72 ex 1937/38.

Herbert Posch, Doris Ingrisch, Gert Dressel

„Anschluß“ und Ausschluss 1938

Vertriebene und verbliebene
Studierende der Universität Wien

LIT

Bildnachweis für Umschlagbilder:

Vorne oben: studentische Kundgebung auf der Rampe der Universität
Ende Februar/Anfang März 1938, Foto: Ernst & Hilscher

unten: Studentenunruhen 1931 rund um die Wahlen zur „Deutschen
Studentenschaft“ und Gleispach'sche Studentenordnung,
Foto: Ernst & Hilscher

Hinten oben: Plakette des NS-Studentenbundes Wien,
Entwurf: H. Egger Glywart, 1931

Mitte: Einmarsch Uniformierter in den Hof IV der Universität,
etwa November 1937, Foto: Wide World Photos

unten: Studentenkundgebung vor der Universität, 17. März 1938,
Foto: Weltbild Wien/Polyphot Wien

alle: © Bildarchiv Zeitgeschichte



Gedruckt mit Unterstützung der Historisch-Kulturwissenschaftlichen
Fakultät der Universität Wien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7000-0696-1 (Österreich)

ISBN 978-3-8258-0497-8 (Deutschland)

© **LIT VERLAG** GmbH & Co. KG Wien 2008
Krotenthallergasse 10/8
A-1080 Wien
Tel. +43 (0) 1 / 409 56 61
Fax +43 (0) 1 / 409 56 97
e-Mail: wien@lit-verlag.at
<http://www.lit-verlag.at>

LIT VERLAG Dr. W. Hopf
Berlin 2008
Auslieferung/Verlagskontakt:
Fresnostr. 2
48159 Münster
Tel. +49 (0)251-62 03 20
Fax +49 (0)251-23 19 72
e-Mail: lit@lit-verlag.de
<http://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Österreich/Schweiz: Medienlogistik Pichler-ÖBZ GmbH & Co KG

IZ-NÖ, Süd, Straße 1, Objekt 34, A-2355 Wiener Neudorf

Tel. +43 (0) 2236/63 535 - 290, Fax +43 (0) 2236/63 535 - 243, e-Mail: mlo@medien-logistik.at

Deutschland: **LIT Verlag** Fresnostr. 2, D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51/620 32 - 22, Fax +49 (0) 2 51/922 60 99, e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

INHALTSVERZEICHNIS

GRUßWORT DES REKTORS	9
VORWORT	11
DANKSAGUNG	15
1 EINLEITUNG	19
1.1 ›Im Eigenen‹	19
1.2 Quellen und Methoden 1 Archivalien und Quantitative Zugänge	23
1.2.1 Quellenbestand Nationale und einige ›Zahlenspiele‹.....	24
1.2.2 ›Vertriebene Studierende‹ – ›Verbliebene Studierende‹	28
1.2.3 Studierende der Universität Wien als Opfer der Shoah	32
1.3 Quellen und Methoden 2 biografisch-narrative Interviews und andere Selbstzeugnisse	35
1.3.1 Was uns vorliegt.....	35
1.3.2 Im Kontakt.....	37
1.3.3 Durchführung der Interviews.....	41
1.3.4 Auswertung der Interviews	43
1.4 Ein-Blicke	45
2 STUDIERENDE UND DIE UNIVERSITÄT WIEN IN DER DAUERKRISE 1918 BIS 1938	61
2.1 Auseinandersetzung um ein Studentenrecht	63
2.2 Studierendenzahlen 1918–1938	72
2.3 Akademische Abschlüsse 1918–1938	76
2.4 Anteil der Studierenden an der Bevölkerung.....	80
2.5 Anteil jüdischer Studierender.....	82
2.6 Frauenstudium bis 1938	84
2.7 Ausländische Studierende.....	87
2.8 Verelendung der Studierenden	89
2.9 Austrofaschismus: Staatliche Interventionen in die Universität und in die Vertretung der Studierenden.....	93

3	MÄRZ 1938 ›ANSCHLUSS‹ UND AUSSCHLUSS: VERTREIBUNG DER STUDIERENDEN DER UNIVERSITÄT WIEN.....	99
3.1	Ausschluss von der Inskription und ›Ariernachweis‹	102
3.1.1	Zum Ablauf der Inskription an der Universität Wien.....	102
3.1.2	Inskription an der Universität Wien nach dem ›Anschluß‹.....	103
3.2	Einführung des Numerus clausus für jüdische Studierende.....	105
3.3	Zutritt zu Universität, Instituten und Bibliothek verboten	115
3.4	Aufhebung der Zulassungssperre zu Abschlussprüfungen und Promotionen	115
3.5	›Nichtarierpromotionen und -sponsionen‹ 1938	123
3.5.1	Symbolische Diskriminierung durch Protokoll – Zum Ablauf der ›Nichtarierpromotionen‹.....	126
3.5.2	›Nichtarierpromotion‹ im Erleben der Betroffenen.....	130
3.5.3	Zeitpunkt und Umfang der ›Nichtarierpromotionen‹	137
4	DIE STUDIERENDEN VON 1938	141
4.1	Exkurs: Das Nationale und ihr Stellenwert im Prozess von Einschluss und Ausschluss.....	142
4.1.1	Begriff.....	143
4.1.2	Inhalt des Nationales	147
4.1.3	Rolle des Nationales bei der Vertreibung verfolgter Studierender.....	147
4.2	Studierendenstromanalyse – Zusammensetzung der Studierenden	149
4.3	Vertriebene und verbliebene Studierende	153
4.3.1	... nach Geschlecht, Fakultät und Vertreibung 1938	154
4.3.2	... nach Staatsbürgerschaft	158
4.3.3	... nach Herkunftsort	161
4.4	Lehrveranstaltungsbesuch an der Philosophischen Fakultät... ..	163
4.4.1	›Ständestaatliche‹ Pflichtvorlesungen und Vorlesungen für HörerInnen aller Fakultäten	167
4.4.2	Lehrveranstaltungen nach Disziplinen.....	168
4.4.3	Lehrveranstaltungen nach der Anzahl inskribierter Studierender.....	173
4.4.4	Anteil verfolgter Studierender und verfolgter Lehrender	175

5	ERLEBEN, ERINNERN UND ERZÄHLEN – DER MÄRZ 1938 AUS DER PERSPEKTIVE VON STUDIERENDEN AN DER UNIVERSITÄT WIEN	179
5.1	Ehemalige Studierende erzählen	179
5.2	Plötzlich bedroht	180
5.3	Spurenlos und sprachlos	186
5.4	Erleben und Erzählen im »Dazwischen«	187
5.5	Verstrickungen	193
5.6	Immer: retrospektive Sinnzuschreibungen	194
6	1938 ff.	199
6.1	Erzählungen über die Universität im Nationalsozialismus	201
6.1.1	Erzählungen von Vertriebenen	201
6.1.2	Erzählungen von Verbliebenen	205
6.2	Zur Bedeutung von Brüchen in der Bildungsbiografie	213
6.3	»The miracle of my survival« – und die Zeit nach dem Nationalsozialismus	222
6.3.1	»I had to eat« oder: das Bisherige wird infrage gestellt	222
6.3.2	»Bin immer zehn Jahre später dran« – über den Abschluss von Studien im Exil	224
6.3.3	»Ich hab nachher Jus studiert.« Zur Situation von RemigrantInnen	227
6.3.4	Ungestört, eingeschränkt oder auch gebrochen studieren – der zweite Teil des Spektrums der Studierenden	231
	Ungestört weiterstudieren	231
	Eingeschränkt weiterstudieren	232
	Gebrochenes Weiterstudieren	235
	- Abschluss während des Krieges	236
	- Soldatenkompanien und Feldbetreuung	237
	- Beginn und Abschluss des Studiums in der Zeit zwischen 1938 und 1945 – spezielle Erfahrungen von weiblichen Studierenden	239
	- Abschluss nach dem Krieg an der Universität Wien	242
	- Keine Wiederaufnahme des Studiums an der Universität Wien nach dem Krieg	245
	- Gefallene	246
6.3.5	Erfahrungen mit der Universität Wien nach 1945	249
6.3.6	Über-Lebens-Erzählungen	255

7	ERFAHRUNGEN UND ERZÄHLUNGEN VON (NICHT-) ZUGEHÖRIGKEITEN	261
7.1	Narrative Bearbeitungen von Kontingenzerfahrungen	261
7.2	nirgends zugehörig?.....	265
7.3	Ver-Ort-ungen.....	272
7.4	Politisch-ideologische (Nicht-)Zugehörigkeiten.....	282
7.5	Beruf und ...?	290
7.6	Resümee.....	297
8	BILDER ÜBER BILDUNG, WISSEN, MENSCHEN UND DAS (EIGENE) LEBEN	301
8.1	Die Steine von Stonehenge	301
8.2	Referenzräume	306
8.2.1	Der Rahmen	308
8.2.2	Erzählungen des Geworden-Seins.....	312
8.3	Lesarten.....	316
8.4	Rationalitätsverfasstheiten.....	322
9	PORTRÄTSKIZZEN	329
10	ANHANG: DIE NAMEN DER VERTRIEBENEN STUDIERENDEN DER UNIVERSITÄT WIEN	351
	VERZEICHNIS DER TABELLEN UND GRAFIKEN	507
	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	509
	Ungedruckte Quellen	509
	Liste der InterviewpartnerInnen.....	510
	Literatur	513
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	542
	PERSONENINDEX	543
	ZU DEN AUTORINNEN	549